

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M., Angelpreis die 6gepalt. Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatangelegen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Verbandstag in Dortmund.

II.

Im weiteren Verlaufe des ersten Verhandlungstages, über den wir in der vorigen Nummer schon kurz berichteten, erstattete Kollege Wieber den Geschäftsbericht. In mehr als dreißigstündiger, fesselnder und interessanter Rede zeichnete er das Gewerkschaftsproblem, die Gegner und Widerstände praktischer Gegenwartarbeit. Zunächst gab er seiner Freude darüber Ausdruck, einen schönen Aufschwung unseres Verbandes in der Berichtsperiode 1910/11 konstatieren zu können und unterzog dann die wichtigsten Vorgänge in unserem Wirtschaftsleben einer eingehenden Würdigung. Wenn unser Verband der wirtschaftlichen Entwicklung der Industrie rege Aufmerksamkeit schenke, so geschähe das deshalb, weil wahre Gewerkschaftsarbeit nur auf einer gesunden Grundlage gedeihen könne. Die Gewerkschaftspolitik müsse sich frei halten von Phantastereien und radikalem Phrasen- und Draufgängerum und stets das Mögliche und Erreichbare im Auge behalten. Es komme z. B. nicht nur darauf an, ob Forderungen berechtigt, sondern ob sie in Anbetracht der Konjunktur durchführbar seien. Beim letzten Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier hätten beispielsweise alle nötigen Voraussetzungen gefehlt, weshalb der Kampf auch schon verloren war, noch ehe er begonnen wurde. Alles Geschrei der Sozialdemokraten werde deshalb die christlichen Gewerkschaften von einer vernünftigen Gewerkschaftspolitik nicht abbringen.

Au Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials zeigte Redner sodann den günstigen Aufschwung der Industrie in den letzten Jahren, ein Aufschwung, an dem die Arbeiterschaft hinsichtlich Lohnerhöhung keineswegs in befriedigendem Maße Anteil genommen habe. Bei den Industriellen herrsche auch heute bezüglich der Zukunft zusehender Stimmung; auch der Beschäftigungsgrad sei gut. Der Zusammenschluß der Werke durch Fusion mache weitere Fortschritte, eine ernste Mahnung für die unorganisierte Arbeiterschaft, auch ihrerseits mit dem Anschluß an die Organisation nicht mehr zu zögern. Auf die Lohnverhältnisse übergehend zeigte Redner an den von der Wirtschaftswelt, Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft ermittelten Durchschnittslöhnen, daß hier von den einzelnen Sektoren Essen am besten und Dortmund am schlechtesten abzuschneiden. Letzterer Bezirk hat seit 1907 nur eine Lohnsteigerung von 1 Mark zu verzeichnen. Es zeige sich hier schlagend, daß dort, wo wie in Dortmund die sozialdemokratische Phrase und Schaumschlägerei am äppigsten blühe, wo am weitesten in politischem Radikalismus gearbeitet werde, für die Arbeiter am wenigsten herauskomme.

Eine eingehende Würdigung fanden sodann die Kapitalfluktuation, Jugendklasse, Verwaltung, Beiträge und Unterstützungswesen, Streiks und Lohnbewegungen etc. Wir verweisen hierauf auf den über 340 Seiten starken gedruckten Geschäftsbericht, der im Besitze eines jeden Verbandskollegen sein sollte. Die letzten Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben (sog. Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager) betreffend, gab Kollege Wieber der sozialdemokratischen Presse den Rat: „Schuster bleib bei deinem Meißel.“ Wenn die Herren Sozialdemokraten glaubten, daß, wenn wirklich ein Verbot für die katholischen Arbeiter komme, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, sich diese nun sofort in die weit offen gehaltenen Arme der Sozialdemokratie stürzen würden, so sollten sie sich schwer täuschen. Was aber dann, wenn ein Drittel der deutschen Arbeiterschaft von dem Recht der Koalition und damit der gewerkschaftlichen Organisation durch einen Gewissensdruck ferngehalten würde? Glaube man, daß dann das goldene Zeitalter des Arbeiterstandes anbrechen werde? Wer es begründet, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft in die Hände der Sozialdemokratie falle, sei alles andere als ein Arbeiterfreund. Die Sozialdemokratie jubelte, sie hielt die christlichen Gewerkschaften für zerschmettert. Aber es dürfe konstatiert werden, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften mit einer Sicherheit und einem Ernst, wie es die Wichtigkeit des Augenblicks erforderte, erklärten, daß die christlichen Gewerkschaften bleiben wollten, was sie gewiesen.

Zum Schluß ging Redner auf die Treiberereien der Leute vom „Sitz Berlin“ näher ein. In Wort und Schrift wurden im In- und Auslande in den dicksten Farben Befehden an die Wand gemalt, die darin bestehen sollten, daß evangelische und katholische Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften unter strengster Wahrung und Achtung der politischen und religiösen Anschauungen einträchtig zusammenarbeiteten. Die Verfeinerung der „Berliner“ habe sich bis zur Verleumdung gesteigert, wie es in der Adresse an den Papst zum Ausdruck gekommen. Deren Zweck sollte es sein, ein Verbot für katholische Arbeiter, den christlichen Gewerkschaften beizutreten, zu erreichen. Diese jahrelange Verfeinerung konnte nicht ohne Einfluß bleiben. Er kam in den bekannten Telegrammen nach Berlin und Frankfurt zum Ausdruck. Was die Berliner erreichen wollten, ist ins Gegenteil umgeschlagen. Ein Sturm der Enttäuschung feste im ganzen katholischen Deutschland ein. Nur Sozialdemokraten sekundierten den Berlinern, sie sahen in den katholischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften plöblich die Rebellen, die sich gegen die Autorität des Papstes aufgelegt haben sollten. Redner legt die bekannte Stellungnahme des Gesamtverbandes und unseres Verbandes dar und verliest die diesbezügliche Erklärung unseres Vorstandes. Die Berliner behaupten man nicht deshalb, weil sie eine konfessionelle katholische Organisation seien, sondern weil sie nach ihren Prinzipien den Arbeiterstand recht, schub- und hilflos machten und ihn nur auf Wohlwollen und Wohlthaten anderer hinwiesen. Man bekämpfe die Berliner Fachabteilungen ferner deshalb, weil sie dem Arbeiter des Rechtes der freien Verfügung über seine Arbeitskraft und damit der wirksamsten Mittel der Selbsthilfe gegenüber

dem Kapital durch Gewissenszwang berauben wollten und ihn dadurch der Willkür bedingungslos ausliefern. Wir bekämpfen die Fachabteilungen endlich, weil sie den Arbeiterstand allein unter religiöse Ausnahmegelege stellen wollen. „Wir bleiben, was wir sind, auch im Interesse unserer nationalen Wohlfahrt.“ Redner schließt mit einem auferweckenden Appell an die Mitarbeit der Mitglieder und an ihre Opferfreudigkeit. „Daher vorwärts sei unsere Parole; in alter Einigkeit und Geschlossenheit zu neuer Arbeit und neuen Erfolgen.“

Kollege Herzog erstattete sodann in Kürze den Massenbericht, worauf die Mittagspause eintrat.

Die Nachmittags Sitzung wurde punkt 3 Uhr durch den zweiten Vorsitzenden Kollegen Klotz eröffnet. Nach Begrüßung der als Gäste erschienenen Kollegen Böster, Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins Bergarbeiter und Landtagsabg. Imbusch, Medaillieur des Bergbauern, wurde in die Diskussion zum Geschäftsbericht eingetreten. Als erster Diskussionsredner be sprach Kollege Schmitz-Köln die Zustände in der Sprengstoffindustrie, die für die Aktionäre reichliche Gewinne abwerfe, während die Löhne der Arbeiter, trotz der gefährlichen Arbeit äußerst niedrige seien. Gerade in dieser Industrie mache sich in besonders starkem Maße das Bestreben der Arbeitgeber bemerkbar, das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen. Gegen diese Haltung müsse ganz energisch Front gemacht werden. Kollege Buchner-Hannover schildert eingehend die Ausfaltungsbemühungen der sozialdemokratischen Organisationen gegenüber den christlichen Gewerkschaften bei Streiks- und Lohnbewegungen und erbringt dafür aus dem kürzlich beendeten Kampf in der Metallindustrie Hannovers zahlreiche und erdrückende Beweise. Kollege Dietz-Essen stellt eine erfreuliche Steigerung der Mitgliederzahlen für seinen Bezirk fest. Diese Entwicklung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes habe die gewerkschaftliche Sozialdemokratie trotz der gehässigen Bekämpfung nicht zu hemmen vermocht. Kollege Hartmann-Hamburg wünscht Ausgestaltung des Verbandsorgans in fachtechnischer Hinsicht. Kollege Konrad-Münster erörtert eingehend die bayerischen Verhältnisse, während Kollege Czoga-Pattawitz sich mit der Lage der ober-schleisischen Industrie befaßt, deren hervorragende Charakteristikum große Gewinne der Unternehmer auf der einen und äußerste Armut infolge des überaus traurigen Lohnverhältnisses der Arbeiter auf der andern Seite sei. Nur dann, wenn der starken Organisation der ober-schleisischen Industriellen gleich starke Arbeiterorganisationen gegenüber gestellt würden, sei es möglich, das harte Los der Arbeiter dort zu mildern. Kollege Gengler-Stuttgart gibt ein Bild von der Lage der Uhren- und Edelmetallindustrie in Baden und Württemberg und beschäftigt sich anschließend mit der Agitation des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Danach wurden die Verhandlungen abgebrochen und die delegierten Schritten zur Befestigung der Thierischen Branerei.

Zweiter Verhandlungstag.

Am Dienstag vormittag wurden die Verhandlungen um 8 Uhr wieder eröffnet. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission sind insgesamt 89 Vertreter anwesend. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. Danach wird die Generaldiskussion über den Geschäftsbericht weiter fortgeführt. Ueber die Verhältnisse ihrer Bezirke in wirtschaftlicher und organisatorischer Beziehung verbreiteten sich die Kollegen Minter-Berlin, Scherer-Dffenbach, Reichert-Chemnitz, Kettenhofen-Saarbrücken, Dietz-Siegen. Der Vorsitzende, Kollege Wieber, begrüßte sodann die inzwischen erschienenen Herren: Gewerbeinspektor Dr. Dewitz-Dortmund, Gewerbeamt Schupp-Duisburg, Gewerbeinspektor Pisch-Duisburg, Gewerbeinspektor Forchmann-Umm, Reichstagsabgeordneter Kollege Behrens und Herr Dr. Benfisch-M. Gladbach. Nach einem Schlusswort des Kollegen Wieber zum Geschäftsbericht, fanden eine Reihe hierzu gestellter Anträge bzw. Resolutionen einstimmige Annahme. So wurde u. a. die Forderung nach stärkerem Schutz des Koalitionsrechtes der Arbeiter in den Sprengstoffabriken und vielen chemischen Betrieben erhoben, durch Annahme folgender Resolution:

„Die 7. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands verurteilt mit aller Entschiedenheit die von mehreren Unternehmern der Metall- und chemischen Industrie vorgenommenen Maßnahmen zur Unterdrückung des den Arbeitern gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes.“

In der Entlassung von Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation erließ die Generalversammlung eine Vergewaltigung von Staatsbürgerrechten und einen Verstoß gegen die guten Sitten.

Insbepondere legt die Generalversammlung Verwahrung ein gegen die systematische Bekämpfung des Vereinigungsrechtes durch die maßgebendsten Unternehmer der Sprengstofffabrikation.

Angeichts der wiederholten Verhöbe der Unternehmer gegen das Organisationsrecht der Arbeiter fordert die 7. Generalversammlung von der Reichsregierung, eine baldige gesetzliche Regelung der Koalitionsbestimmungen in der Weise, daß nicht nur der Mißbrauch des Rechts, sondern auch die Verhinderung am legitimen Gebrauch desselben unter Strafe gestellt wird.“

Gegenüber den sozialdemokratischen Ausfaltungsbemühungen fordert die nachstehende Resolution unsere Mitglieder auf, die Gleichberechtigung zu wahren und im Ablehnungsfalle selbständig vorzugehen:

„Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß das Bekämpfen der gegnerischen Organisationen immer mehr darauf ausgeht, unsern Verband bei Streiks, Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen etc. von den Verhandlungen auszuschließen.“

Leider haben an manchen Orten die Unternehmer nicht den Mut, diesen Monopolbestrebungen sozialdemokratischer Verbände sich entgegenzustellen. Die Generalversammlung fordert daher alle Mitglieder auf, ihre Gleichberechtigung als Organisation von vornherein zu wahren. Wo ihnen diese von gegnerischen Organisationen verweigert wird, haben sie ohne Rücksicht auf andere, selbständig vorzugehen, um zu einem geeigneten Abschluß mit den Arbeitgebern zu gelangen.“

Gegenüber den Quertreibern der „Berliner“ Richtung wurde unter lebhaftem Beifall folgende Resolution angenommen:

„Die 7. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von dem aus neue ausgebrochenen, von den Führern der Berliner Fachabteilungen herausgeschworenen Gewerkschaftsstreit und erklärt sich mit der Protestkundgebung des Verbandsvorstandes vom 8. Juni d. J. voll und ganz einverstanden. Die Generalversammlung weist jene Bestrebungen, welche die Arbeiter unter religiöse Ausnahmegelege stellen wollen, weit von sich ab. Sie erklärt, daß die Verbandsangehörigen beider Konfessionen auch in Zukunft treu und geschlossenen zu einander stehen werden.“

Die Mitglieder des Verbandes aber fordert die Generalversammlung auf, erneut mit aller Energie in die Werbetätigkeit einzutreten und für die weitere Ausbreitung des Verbandes zu wirken.“

Sodann erhielt Kollege Reichstagsabgeordneter Wiesberts das Wort zu seinem Referat über:

„Die Bundesratsverordnung für die Großindustrie.“

Redner führte etwa folgendes aus: Durch das Wirken des christlichen Metallarbeiterverbandes, der als erste Organisation schon seit 1904 für den Ausbau des Arbeiterschutzes in den Hütten- und Walzwerken eingetreten sei, wären schon manche Erfolge, auch solche auf gesetzgeberischem Wege nach dieser Richtung hin erzielt worden. Inzwischen habe sich die Gesetzgebung noch nicht so, wie es notwendig sei, dieser Arbeiterkategorie angenommen. Tatsache sei, daß die Arbeiter in den Hütten-, Walz- und Stahlwerken mit ununterbrochenem Betriebe in bezug auf Schwere der Arbeit, Gefährlichkeit für Gesundheit und Leben, sowie Ausnutzung ihrer Arbeitskraft am schlechtesten ständen in der gesamten deutschen Industrie. Das sei um so bedauerlicher, als die Großindustrie eine so außerordentlich günstige Entwicklung genommen habe. Die Produktionsziffern hätten sich von Jahr zu Jahr und hohe Deutschland bezüglich der Hoheisenherzeugung an zweiter Stelle in der Welt. Dann sei unsere deutsche Großindustrie durch Zölle gegen ausländische Konkurrenz stark geschützt und habe es auch durch strenge Kartellierung verstanden, die Preise der Produkte auf einer Basis zu halten, die guten Gewinn garantierte. Es sei deshalb nicht unbillig, wenn wir wünschen, daß auch die Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben in Einklang gebracht werden müssen mit den Anforderungen der modernen Sozialreform. Nicht Haß gegen die Industrie und Neid gegen die Unternehmer und ihren großen Gewinn, sondern das Verlangen nach Gerechtigkeit und Humanität bestimmt uns zu dieser Forderung. Eigentlich sei es ja befremdend für unsere stolze deutsche Metallindustrie, daß sie sich durch die Gesetzgebung jeden sozialen Fortschritt aufnötigen lasse.

Die Ergebnisse der Bundesratsverordnung für die Großindustrie von Jahre 1909 seien der gegebene Maßstab für den sozialen Fortschritt innerhalb dieser Industrie. Wenn erstere uns auch durch die jährliche Berichterstattung der Gewerbeaufsichtsbeamten eine Kontrolle ermöglicht, so sei die Verordnung doch insofern als ein Flakoz zu bezeichnen, als sie die Ueber- und Sonntagsarbeit nicht wirksam einzuschränken vermochte. Besser wäre es gewesen, wenn die Regierung vor Erlaß dieser Verordnung eine Erhebung über die Arbeitsverhältnisse vorgenommen hätte. Das geschah nicht, und auch die Sozialdemokratie hat damals die Regierung in der Auffassung bestärkt, die Arbeiterorganisationen hätten genügend Klärungsmaterial über die in der Großindustrie herrschenden Zustände beigebracht und könne nun die Gesetzgebung einschreiten. Mit der neuerlichen Herausgabe eines umfangreichen Werkes über die Schwereindustrie und ihre Arbeitsverhältnisse habe der sozialdemokratische Metallarbeiterverband jedoch dokumentiert, daß er diese Ansicht für unrichtig halte. Redner entrollte dann ein Bild über die Ergebnisse der Gewerbeaufsichtsberichte und über den Stand des Arbeiterschutzes in der Großindustrie. Die Dauer der Beschäftigungszeit betrage bei 1,40% der Arbeiter dieser Industrie täglich 8 Stunden, bei 0,35% 11 Stunden, bei 0,25% 11 1/2 Stunden und bei 97,48% 12 Stunden pro Tag. Wenn auch die Zahl der weniger wie 12 Stunden Arbeitenden, besonders der bei 8stündiger Schicht Beschäftigten Arbeiter im Jahre 1911 etwas lieg, so sei eine wesentliche Besserung doch nicht zu verzeichnen. Die 12stündige Schicht sei nach wie vor die hauptsächlichste Arbeitszeit. Ungeheuerlich aber habe die Ueberarbeit zugenommen. 1909 leisteten 40,1% Ueberstünder, 1910 44,2% und 1911 47,2% der Belegschaft. Die Ueberstunden sind pro Kopf und Arbeiter von 102 im Jahre 1909 auf 217 im Jahre 1911 gestiegen. Im Düsseldorf Bezirk betrug die Zahl der geleisteten Ueberstunden pro Kopf und Jahr 230. Die Zahl der Ueberstunden sei um 11,34% pro Kopf und Jahr gestiegen, während die Sonntagsarbeit sogar eine Zunahme von 22,64% aufweise.

Das sei kein Ehrenpunkt in der Entwicklung der deutschen Industrie und jeder sozial empfindende Mensch müsse einsehen, daß eine Aenderung unerlässlich notwendig sei. Die Bundesratsverordnung verlange ferner, daß in allen Schichten die länger wie acht Stunden dauere, mindestens 2 Stunden Pausen zu gewähren seien. Von der durch die Verordnung gestatteten Ausnahme würde aber leider von der Großindustrie in gar

zu reichlicher Verbrauch gemacht; ja, viele Werksbesitzer suchten die Pausen einfach zu umgehen. Wenn auch die Aufsichtsbeamten verschiedentlich eingeschritten und Bestrafungen vorgenommen seien, so müsse doch das Strafmaß als viel zu gering bezeichnet werden. Es komme sogar oft vor, daß Hüttenarbeiter in ihrer Eucht nach möglichst hohem Verdienst den Werksbesitzer noch beihilflich sind in der Verschleierung der Verhältnisse. Hauptächlich komme dies daher, weil sie meistens nicht organisiert und der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit nicht zugänglich sind. Nur eine generelle Verkürzung der Schicht auf 8 Stunden könne hier dauernd Abhilfe schaffen.

Erfles Erfordernis für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in der Großeisenindustrie sei die Interessierung der Arbeiter selbst. Das sei schwierig, da die schwere Arbeit absumpe und die Leute selbst gleichgültig mache bezüglich ihrer Lage. Jedoch dürfe hier nicht nachgelassen werden, und das Beispiel der englischen Arbeiter zeige, daß der Zusammenschluß in der Organisation auch Erfolge zeitige. Gewiß seien gewerkschaftliche Kämpfe mit der Großeisenindustrie schon aus dem Grunde nicht leicht, weil das Gros dieser Arbeiter der Organisation noch fern stehe, immerhin aber müsse die Gewerkschaft die treibende Kraft zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter dieser Industrie sein. Durch die Organisation müsse zunächst die öffentliche Meinung immer mehr im Sinne der Arbeiter beeinflusst werden. Wenn auch Einzeluntersuchungen in Hüttenbetrieben, wie z. B. die Arbeit des Herrn Gewerbeinspektors Ehrup-Düsseldorf, über die Verhältnisse der Hütte einige Klarheit gebracht hätten, so stände doch die Allgemeinheit den traurigen Verhältnissen in der Schwerindustrie ziemlich verständnislos gegenüber. Trotz sorgfältiger Auslese der Arbeiter wüden die Krankheitsverhältnisse nicht günstig von dem allgemeinen Stand ab und gerade das stelle bei näherem Zusehen eine große Auflage gegen die Verhältnisse der Schwerindustrie im allgemeinen dar. Die Gefahr der Arbeit in dieser Industrie komme mehr in der Unfallhäufigkeit zum Ausdruck. Die hohe Zahl der Unfälle sei auf die Schwere der Arbeit, dann aber auch auf die intensivste Ausnutzung der Arbeitskraft in allzulanger Arbeitszeit zurückzuführen. Hier müsse die Gesetzgebung einschreiten, eventuell durch Festlegung einer Maximalarbeitszeit. Eine Reihe nationaler und internationaler Konferenzen habe sich mit dieser Frage befaßt und den Achtstundentag als möglich und durchführbar befunden. Vom Staate erwartet Redner, daß er die Bestrebungen der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und der Gesellschaft für Sozialreform unterstützt und durch Reform der Bundesratsverordnung die genannten schreienden Mängel beseitigt.

Im der anschließenden Diskussion beteiligten sich u. a. auch die Herren Gewerbeberate Schnöpff-Duisburg und Dr. Dewitz-Dortmund. Ersterer bemerkte, daß er nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringe. Den Beschwerden gegenüber, die von den Rednern vorgebracht seien, müsse festgestellt werden, daß die Bundesratsverordnung 2 Stunden Ruhepause innerhalb der 12stündigen Arbeitszeit vorschreibe und eine Ruhezeit von 8 Stunden zwischen zwei regelmäßigen Schichten; sie bestimme aber nicht, wieviel übergearbeitet werden dürfe, daß sei weder in der Gewerbeordnung noch in der Grobeisenverordnung festgelegt. Es sei ungemein schwer zu konstatieren, ob die Pausen und Ruhezeiten vorgeschrieben eingehalten werden. Wenn Vergleichen gegen die bestehenden Bestimmungen vorkämen, sollten sich die Arbeiter vertrauensvoll an die Gewerbeinspektoren wenden, die von den ihnen zugehenden Mitteilungen distinkte Verwendung zu machen verpflichtet seien. Die der Einführung des Achtstundentages entgegenstehenden Schwierigkeiten seien nicht so leicht zu beheben; die wirtschaftliche Seite sei hier nicht so entscheidend, als die Menschenfrage, der Mangel an Arbeitern sei dort jetzt schon groß und auch die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse dürfe hierin kaum durchgreifende Änderungen zur Folge haben.

Gewerbeinspektor Dr. Dewitz-Dortmund wies darauf hin, daß die jetzige aufsteigende Konjunktur naturgemäß das Ueberstundenwesen begünstige; dieses würde sich aber ändern bei fallender Konjunktur; die Ueberstunden würden dann die jetzige hohe Zahl nicht erreichen.

Kollege Wieber unterstrich die Erklärung des Gewerbeberats Schnöpff, daß in der Bundesratsverordnung keinerlei einschränkende Bestimmungen über die Ueberarbeiten enthalten seien, daß darum eine Arbeitszeit von 24 bis 36 Stunden als eine regelmäßige Schicht angesehen werden könnte. Das wäre gerade das Gegenteil von dem, was die Arbeiter sich von der Verordnung versprochen hätten und den Industriellen werde gleichsam eine gesetzliche Sanktion für die Ausbeutung ihrer Arbeiter gegeben. Die Kollegen im Reichstag müßten ihr Bestes tun, um da Abhilfe zu schaffen.

Reichstagsabgeordneter Kollege Giesberts erklärte es als erste Notwendigkeit, in der Verordnung klar und deutlich

auszusprechen, daß die achtsündige Mindestruhezeit innerhalb 24 Stunden liegen müsse.

Zwei äußerst wichtige und lehrreiche Referate wurden dann noch in der Dienstags-Nachmittags Sitzung gehalten. Die Herren Dr. Dewitz-M. Stabach und Handelskammersekretär Dr. Boye-Hagen verbreiteten sich in eingehender Weise über das Thema:

„Deutschlands Zoll- und Handelspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie.“

Wir können an dieser Stelle über die Ausführungen, wie über die ganze Tagung überhaupt, natürlich nur im Auszuge berichten und verweisen unsere Kollegen darum schon jetzt auf das Studium des demnächst erscheinenden Protokolls der 7. Generalversammlung. Dem Sinne nach führte Herr Dr. Dewitz folgendes aus: Nicht um uns nach der einen oder anderen Seite hin festzulegen, sondern um ein vorurteilsfreie Betrachtung der Dinge zu ermöglichen, beschäftigen wir uns heute mit Deutschlands Zoll- und Handelspolitik. Die deutsche Zollpolitik steht nicht auf dem Grundsatz, Industrie- oder Agrarzölle, sondern beruht auf dem System des Schutzes der nationalen Arbeit. Besonders die Agrarzölle sind hauptsächlich das Ziel heftigster Angriffe, namentlich seitens des Freihandels, der jede Preissteigerung des eingeführten Getreides um den Zollbetrag auf diese zurückführe. Jedoch sei einerseits die Festhaltung der Ursachen der Preissteigerung sehr kompliziert und schwierig, dann aber auch kämen hierbei eine ganze Reihe anderer Momente in Betracht. Zum Teil sei sie auf wachsende Wohlhabenheit des deutschen Volkes und die dadurch hervorgerufenen gesteigerten Ansprüche zurückzuführen. Auch für die Arbeiterschaft seien die Agrarzölle von großer Bedeutung. Ihre Abschaffung würde zur Folge haben, daß die Landwirtschaft geschwächt, wenn nicht gar vernichtet und infolgedessen eine große Armeed dadurch beschäftigungslos gewordener Landarbeiter in der Industrie unterkommen suchen würde, zum Schaden der Industriearbeiter. Sodann kommt Redner zu den Wirkungen der Zoll- und Handelspolitik der deutschen Eisenindustrie. Nur England sei uns bezüglich seiner Eisenindustrie noch etwas vor. Das liege aber nicht etwa an englischen Freihandelspolitik, sondern an der überaus günstigen geographischen Lage Englands. Deutschland habe im Interesse seiner Eisenindustrie den Schutzzoll unbedingt notwendig, und sei dieser auch gegenüber anderen Ländern, die teilweise bis zu 40 Prozent des Wertes der eingeführten Produkte als Zollsatz erheben, verhältnismäßig niedrig. Der Redner geht dann auf die Preispolitik der in der Grobeisenindustrie bestehenden Kartelle näher ein und erörtert insbesondere die Wirkung der Abgabe der Produkte an das Ausland zu niedrigeren Preisen als auf dem heimischen Markt. Durch Gründung des Stahlwerksverbandes sei dieser Preisdruck ins Ausland ein Ende gemacht und eine einheitliche Preispolitik herbeigeführt worden. Jedenfalls stelle fest, daß Deutschlands Industrie unter der Last des Schutzzolls nicht nur nicht gelitten, sondern sich kräftig aufwärts entwickelt habe, was vom Freihandelsland England nicht zu konstatieren sei. Der einzige Vorwurf, den England uns gegenüber noch bezüglich seines Außenhandels habe, verringere sich von Jahr zu Jahr. Das sei auch die Hauptursache der politischen Spannung zwischen den beiden Völkern. Der Schutzzoll wirke günstig durch die Anspannung aller nationalen Kräfte, die Anregung des Erfindergeistes und insbesondere durch die Ausnutzung der großen nationalen Arbeitskraft. Seine günstige Wirkung erhöhe auch die Tatsache, daß nicht nur der jährliche große Bevölkerungszuwachs, sondern auch noch viele tausende ausländische Arbeitskräfte im eigenen Lande beschäftigt werden können, während aus England sogar bei Hochkonjunktur große Massen auswanderten. Ein Vergleich der Entwicklung der beiden genannten Länder zeige, daß den vielen günstigen Wirkungen des Schutzzolls ebensoviele nachteilige Wirkungen des Freihandels gegenüberstünden.

Kollege Wieber dankte dem Redner und begrüßte den inzwischen erschienenen Herrn Handelskammersekretär Dr. Boye-Hagen und den sozialdemokratischen Bezirksleiter Hg. Spiegel-Düsseldorf bei welcher Gelegenheit er auch unter dem Beifall der Versammlung der Entrüstung über die tendenziöse Berichterstattung der Dortmunder „Arbeiterztg.“ Ausdruck gibt.

Darauf legte der zweite Referent, Herr Handelskammersekretär Dr. Boye-Hagen, die Wirkung unserer Handels- und Zollpolitik auf die Kleineisenindustrie dar. Redner wies eingangs darauf hin, daß seine Rede keineswegs, wie es die sozialdemokratische Dortmunder Arbeiterzeitung behauptet habe, bewiese, daß der christliche Metallarbeiterverband sich mit dem Kapital verführe habe. Er und die Handelskammer verträten nicht Kapitalinteressen, sondern die Interessen der Allgemeinheit. Sodann entrollte er ein Bild der deutschen Kleineisenindustrie, die besonders in den alten Grafschaften Berg u. Mark hei-

misch sei, aber auch gute Ansätze in einigen Gegenden Thüringens, Badens, Bayerns und Württembergs zeige. Sie habe sich in den letzten Jahren gut entwickelt, wie die Steigerung der Ausfuhr beweise. Als Exportindustrie ist sie an den Zollverhältnissen interessiert, umso mehr, wenn man in Betracht ziehe, daß sie mehr Arbeiter beschäftige wie die Hütten- und Walzwerkindustrie. Bei einer Gefährdung des Exports, welche einen Rückgang der Industrie bedingen würde, sei es schwer, die Arbeiter sonst unterzubringen. Jetzt haben schon eine Reihe von Momenten zum Beispiel bessere Produktionsbedingungen verursacht, daß einzelne Länder statt Abnehmer Konkurrenten geworden sind; teils habe man durch den deutschen Zolltarif diese Industrie zu schützen gesucht, sei aber nicht in genügender Weise den Wünschen derselben nachgekommen. Ob durch Beseitigung oder Minderung der Agrarzölle die Ausfuhrverhältnisse verbessert werden könnten, sei nicht abzusehen. In der Industrie selbst sei man sich über die Stellung zu den Zöllen einig, doch stehe eine Neuregelung derselben bevor und sei zu hoffen, daß die Kleineisenindustrie im Interesse der Arbeiter und des Volksganzen eine größere Berücksichtigung finde.

Auch diesem Redner sprach Kollege Wieber den Dank der Versammlung aus, und legte sodann Verwahrung ein gegen die Vorwürfe der Sozialdemokratie, die uns als Verbündete des Kapitals bezeichne. Die christlichen Metallarbeiter fühlten sich als Glieder der Industrie und seien an ihrem Bestande interessiert. Mit sozialdemokratischen rabulischen Phrasen sei den Arbeitern nicht gedient, das zeige sich besonders in Dortmund. Sodann folgte die Diskussion. Hg. Kollege Dewitz-Urnberg bezeichnete es als selbstverständlich, daß sich die Arbeiter um Fragen der Wirtschaftspolitik kümmern, weil diese Materie zu wichtig sei, um sie mit einigen Schlagworten abzutun. Allein schon um Krisen zu mildern, habe die Arbeiterschaft ein Interesse an einem guten Inlandsmarkt. Dann wäre es auch gut, daß sich die weiterverarbeitende Industrie hinsichtlich der neuen zollpolitischen Maßnahmen mit der Rohstoffindustrie verständige. Ganz besonders das Stahlkartell habe hier eine größere Rücksicht auf die weiterverarbeitende Industrie zu nehmen. Redner unterzog zum Schluß bei vor einiger Zeit bestellte Preispolitik des Stahlkartells, das den ausländischen Abnehmern die Rohstoffe um 15-20% billiger lieferte und gleichzeitig den Preis für die inländische Industrie steigerte, einer treffenden Kritik. Reichstagsabgeordneter Kollege Giesberts bemerkte, die Hauptfrage unserer Zoll- und Handelspolitik sei, wie versorgen wir Deutschland am vorteilhaftesten genügend mit Nahrungsmitteln? Die deutsche Landwirtschaft sei durch die Schutzölle in der Lage, die Bevölkerung zu 95 Prozent zu ernähren und sei außerdem ein guter Abnehmer für unsere Industrie. Sie müsse deshalb produktiv erhalten werden. Die Sozialdemokratie sei deshalb für den Freihandel, weil er, wie Marx in seiner Brüsseler Rede bemerkte, revolutionär wirke, während der Schutzzoll eine konservative Wirkung habe.

Dritter Verhandlungstag.

Kollege Ploft eröffnete die Beratungen des dritten Verhandlungstages und begrüßte den anwesenden Generalsekretär des Gesamtverbandes, Kollegen Stegerwald-Söln. Waren die beiden ersten Verhandlungstage mehr der öffentlichen Wirksamkeit des Verbandes gewidmet, so galt der dritte Tag mehr der inneren Verbandarbeit. Die Kollegen Schmütz-Söln und Hirtfelder-Essen erstatteten eingehende Referate über Agitation und Verwaltung, an die sich eine umfangreiche Diskussion angeschlossen. Wir müssen es uns versagen, die äußerst beachtenswerten Ausführungen der Referenten und Diskussionsredner hier bruchstückweise wiederzugeben. Unsere Kollegen werden in dem demnächst erscheinenden ausführlichen Protokoll des Verbandstages über diese wichtigen Punkte eine Fülle praktischer Winke und Ratsschlüsse und reiche Anregungen zu erfolgverheißender Arbeit finden.

Zu dem Vortrage des Reichstagsabg. Kollegen Giesberts über die Bundesratsverordnung und den Arbeiterschutz in der Grobeisenindustrie wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die 7. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu Dortmund 1912 erneuert die Forderung der Bundesratsverordnung für die Grobeisenindustrie. Sie steht auf dem Standpunkte, daß es im Interesse der Arbeiter notwendig ist, daß

1. die während der Arbeitszeit in einer Gesamtdauer von 2 Stunden vorgezeichneten Pausen so geregelt werden, daß eine Pause von einer Stunde in die Zeit zwischen 11 und 1 Uhr, die übrigen zu je einer halben Stunde zwischen 8 bis 9 Uhr und 3 1/2 bis 4 1/2 Uhr fallen, festgelegt werden,
2. die Anrechnung etwaiger natürlicher Arbeitsunterbrechungen auf die Gesamtdauer der Pausen in Wegfall kommt,

Altes und Neues über Email.

Von Dr. Pohl.

(ATK.)

Nachdruck verboten.

I.

Zu der Technik des Emails behauptet die praktische Erfahrung noch wie kaum auf einem anderen Gebiete ihr Recht. Nur mit großer Mühe ist man hier weiter gekommen. Man weiß allgemein, daß die Byzantiner, die Japaner und Chinesen in dieser Technik schon in weit zurückliegenden Epochen der Zeitgeschichte Verwunderungswürdiges geleistet. Die moderne Technik hat mit mehr oder weniger Glück versucht, dieses Gebiet zu befruchten. Sie hat vor allem danach gestrebt, den gesteigerten Anforderungen, die man an die mit Email überzogenen Gebrauchsgegenstände stellt, gerecht zu werden. Hier war es besonders die Bearbeitung des Emails auf Eisen. Doch auch die Herstellung emaillierter Gold-, Silber- und Kupfergeräte liegt im Interesse der modernen Industrie.

Nur zu bald hatte man erfahren, daß die Natur des zu emaillierenden Metalles für die Methode der Bearbeitung von entscheidender Bedeutung ist. Es ist etwas anderes, wenn man Kupfer oder Silber, Gold oder Eisen emaillieren will. Am leichtesten ist Gold zu emaillieren. Wenn dieses zu viel mit Kupfer legiert ist, so behandelt man es vor der Emaillierung mit einer aus 40 Teilen Salpeter, 25 Teilen Allmon und 35 Teilen Serpals hergestellten konzentrierten wässrigen Lösung, die aus der obersten Schicht das Kupfer herauslöst. Um auf Silber oder Kupfer brauchfähige Emails aufzubringen, werden die Flächen vorgelöst. Aber man bedient sich hier einer besonderen Technik, indem man die Fläche des zu behandelnden Gegenstandes zunächst mit Glasfluß bestrahlt und sodann ein Goldplättchen auf die Fläche aufbrennt. Die aufgetragene Zwischenlösung von Glasfluß hat den Zweck, zu verhindern, daß sich das so außerordentlich leicht zu legierende Gold mit dem Metall verbindet.

Weit unübersichtlicher wurde das Anwendungsgebiet des Emails, als es gelungen war, auf Eisen einen gut bedeckenden und dauerhaften Ueberzug herzustellen. Die Fabrikation eines guten Emails ist in erster Linie abhängig von der Verwendung erstklassiger Rohmaterialien, die zunächst der chemischen Analyse zu unterwerfen sind, sodann sachgemäß gemischt, geschmolzen, mit besonderer Sorgfalt gemahlen und durch mehrtägiges Ausruhenlassen für den Gebrauch vorbereitet werden. Eine andere Voraussetzung für das Gelingen eines guten Emails ist die tadellose Beschaffenheit der Emailierflächen.

Man untersuche also den Ton auf seinen Gehalt an Konstantan, ungesättigtem Feldspat und Quarz. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Kaoline und Ton sich verschieden verhalten. Die in dieser Richtung gemachten Untersuchungen haben ergeben, daß Tone mit circa 51-55 Prozent Kieselsäure, 31 bis 34 Prozent Aluminiumoxyd und sehr geringen Mengen Eisenoxyd (weniger als 1 Prozent) für Emailierzwecke am besten geeignet sind. Das Vorhandensein von Kalium ist als nachteilig für die Komposition gefunden worden. Die genaue Untersuchung des Tons sollte man immer wieder vornehmen, ist dieser doch von fundamentaler Bedeutung für die gute Beschaffenheit der Glasur; er bestimmt die Konsistenz der Emailiermasse, er erhöht die Viskosität, beeinflusst den Schmelzpunkt, und während des Schmelzens werden durch die Konstantan die Emailpartikelchen andauernd in Schwebelage gehalten.

Die gewöhnliche Grundmasse, die man auf die zuvor durch Bürsten und durch Behandlung mit verdünnter Schwefelsäure sorgfältig gereinigten und darauf getrockneten Objekte aufträgt, besteht etwa aus 30 Teilen gemahlener Feldspat, die mit 25 Teilen Borax zusammengeschmolzen und fein pulverisiert werden. Der Masse werden dann noch 10 Teile Ton, 6 Teile Feldspat und 1,75 Teile kohlenaurer Magnesia zugesetzt. Das Gemenge wird mit Wasser zu einem Brei gerührt und auf die Gegenstände aufgetragen. Die Deckmasse wird

erhalten, indem man 37,5 Teile Quarzmehl, 27,5 Teile Borax, 30 Teile Binnorhyd, 15 Teile Soda und 10 Teile Salpeter zusammenmischelt.

Die mit der oben bezeichneten Grundmasse hergestellte Glasur ist zwar bei richtiger Behandlung porös und nachgiebig gegen die ungleichmäßige Ausdehnung von Eisen und Schmelz. Aber sie besitzt immerhin nur ein geringes Dastvermögen für Eisen: sie springt leicht ab. Es war nun für die Entwicklung der Emailindustrie ein großer Fortschritt, als man fand, daß eine unvergleichlich innigere Verbindung mit dem Eisen herzustellen ist, wenn man dem Schmelzfluß nur einen geringen Zusatz färbender Metalloxyde, wie Kobaltoxyd, Nickel- oder Kupferoxyd und Braunstein, macht. Man verwendet zum Beispiel für Bl. hemaillierung

17	Teile Quarz,
30	„ Feldspat,
46	„ Borax,
2,1	„ Soda,
3,2	„ Kieselfluornatrium,
2	„ Salpeter,
0,18	„ Kobaltoxyd,
0,40	„ Nickeloxyd,
0,03	„ Kupferoxyd.

Nachdem die Glasur gemahlen worden ist, werden ihr noch 7 Prozent Ton zugesetzt.

Das in der Deckmasse vorhandene Binnorhyd würde nun ohne Zweifel reduziert werden und die Trübung vermindern, wenn die neutrale, in ihrer Zusammensetzung oben bezeichnete Grundmasse nicht vorhanden wäre. Ebenso würde es dem oft in der Deckmasse verwendeten Nieloxyd gehen, das zu metallischem Nio umgewandelt werden würde. Die allgemeine Ansicht ist, daß der Kohlenstoff des Eisens diese Reduktion bewirkt, daß der Kohlenstoff mit dem Sauerstoff des Trübungsmittels eine Verbindung eingeht, indem Gase wie Kohlenoxyd und Kohlenwasserstoffe gebildet werden, die in Form von Blasen aus der

Der Holzarbeiterverband, der im Berichtsjahre den größten bisher erreichten Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatte, konnte zum ersten Male die Zahl 1000 in einer Zahlstelle als Abschlüssen anführen. „Bemerkenswert ist dabei“, heißt es im Bericht des Verbandes, „dass es gerade die Zahlstelle Köln ist, jene Zahlstelle, die im Jahre 1905 mit dem sozialdemokratischen Verbands einen schweren Kampf um ihre Selbstständigkeit und Existenz zu führen hatte. Bis Ende Mai 1912 hatte die Zahlstelle Köln bereits 1300 Mitglieder überschritten; also wiederum ein erheblicher Fortschritt.“

Der Bericht des Gewerkschaftsrates der Heimarbeiterinnen weist darauf hin, daß das Jahr 1911 für ihn ganz besonders bedeutungsvoll gewesen sei und zwar aus dem Grunde, weil es einen Teil seiner Forderungen an die Gesetzgebung erfüllte: „die Reichsversicherungsordnung brachte die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, und am Ende des Jahres wurde im Reichstage durch das Hausarbeitsgesetz der Anfang der Heimarbeitsreform geschaffen. Für diese und andere noch unerfüllte Ziele hatte der Gewerkschaftsrat am 12. Januar 1911 mit bürgerlichen Sozialpolitikern und Vertretern aller Gewerkschaftsrichtungen gemeinsam den „Deutschen Heimarbeiterkongress“ veranstaltet.“ Von den rund 360 Delegierten gehörten 136 dem Gewerkschaftsrat an. Die Schaffung der erstrebten Lohnämter ist bekanntlich unterblieben; „doch ist die geplante Erziehung von Fachauschüssen im wesentlichen in Form unablässigen Drängens zu verzeichnen, wie denn auch von verschiedenen Reichstagsabgeordneten bei der Plenarberatung betont wurde, daß das Gesetz überhaupt nur zur Veranlassung vorliegt.“ Besonders bemerkenswert ist auch der durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung gelegentlich der Veranstaltung von Blumenmärschen erzielte Erfolg. In vielen Fällen konnte eine erhebliche bessere Entlohnung der Blumenarbeiterinnen durchgesetzt werden. „Einige Gemeinden ließen ihre Blumenarbeiterinnen sogar über die Arbeitsvermittlung des Gewerkschaftsrates gehen; andere überwiesen vom Reingewinn ihres Blumenstandes eine Summe für Wohlfahrtszwecke, die wir dem Fonds für ein Altersheim für Heimarbeiterinnen weitergaben.“

Die Kämpfe des Gutenberg-Bundes und die öffentlichen Auseinandersetzungen im Anschluß daran sind noch zu frisch in der Erinnerung, als daß ausführlicher darauf zurückgegriffen werden müßte. Durch sein starres, eigensinniges Festhalten an einer Position, deren Unsichtbarkeit von Tag zu Tag mehr offenbar wird, hat der Buchdruckerverband seiner Sache mehr geschadet, als er selbst einsehen will. Der „Korrespondent“ sucht mit geradem Mut einzuwirken, während sich der Leser demgegenüber mehr und mehr das Gefühl des „Nette sich wer kann“ bemächtigen dürfte. Daß der Gutenberg-Bund Stellung sich moralisch sehr gefestigt hat, kann nicht mehr in Rede gestellt werden. Bei seinen Mitgliedern selbst hat der Kampf nicht nur das Selbstbewußtsein gestärkt, sondern es hat sich auch das Vertrauen zur Organisation in erfreulichem Maße gehoben.

Der Kellnerverband setzte sich mit allen Kräften für die Durchführung des Stellenvermittlergesetzes ein und wirkte im Anschluß daran auf eine Reorganisation des Arbeitsnachweiswesens hin. Die Kommunen haben in sehr vielen Fällen versagt. Um so anerkanntswürdiger Arbeit leisteten die Verbandsarbeitsnachweise an einigen Orten. Diese ersparten, nach einer Angabe des Berichtes, den Stellenfindenden im Laufe von sechs Jahren das hübsche Stämmchen von 280 000 M., welche sonst in die Taschen der gewerkschaftlichen Stellenvermittler geflossen wären. Hinsichtlich der Agitation bietet die Eigenart des Kellnerberufes viele und große Schwierigkeiten. Um die Leute wenigstens einigermaßen zusammenzubringen, ist es durchweg erforderlich, zwei, sehr häufig aber drei Versammlungen zu verschiedenen Tageszeiten anzusetzen.

Schlussbemerkungen.

Der christlichen Gewerkschaftsbewegung geht es nicht anders als allen großen Bewegungen: sie muß einen schweren Kampf kämpfen, bis sie sich allenthalben durchgesetzt hat. Dieses Ringen vollzieht sich bald in ruhigeren, bald in bewegteren Stadien. Besonders laut spielte sich der Kampf ab um die Stellung der christlichen Gewerkschaften im letzten halben Jahre. In dieser Periode hat eine große Situation die andere abgelöst. Mit dem Reichstagswahlkampf wurde das Jahr 1912 eingeleitet. Die bürgerlichen Parteien leisteten an gegenseitiger Befehdung noch nie Dagewesenes. In solcher Situation feierte der politische Radikalismus seine Triumphe; die Sozialdemokratie führte die Erste in ihre Schenke. Die christlich-nationale Arbeiterchaft hat sich bei diesem Kampfe tapfer geschlagen, und den Nachweis erbracht, daß sie in entscheidenden Situationen vor dem sozialdemokratischen Antikrum nicht zurückweicht. Es folgte der Ruhrbergarbeiterstreik. Der Streik war ein gewerkschaftlicher Skandal. Alle Voraussetzungen zu einem Erfolg fehlten ihm. Für den Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter gab es bei solcher Sachlage nur zwei Möglichkeiten: entweder, er mußte wider bessere Ueberzeugung seine Mitglieder in einen aussichtslosen Kampf führen und sich damit für alle Zeiten zum sozialdemokratischen Basallen erniedrigen — was eine Preisgabe des Charakters als eine stärkere, selbständige Organisation bedeutet hätte —, oder aber mit dem sozialdemokratischen Verbands einen Kampf riskieren um Sein oder Nichtsein des Gewerkschafts. Er wählte den letzteren Weg; mit welchem Ergebnis, ist bekannt. Und dann kam der Entlohnungskampf um Sein oder Nichtsein der christlichen Gewerkschaftsbewegung überhaupt, der Kampf um die Grundlagen und den Charakter der christlichen Gewerkschaften, der in den letzten Wochen auf seinem Höhepunkt getrieben wurde. Über auch mit diesen Auseinandersetzungen war den christlichen Gewerkschaften nichts anzuhängen. Mit dem „Ende der christlichen Gewerkschaften“ oder auch mit dem „Anfang vom Ende“, wie es die sozialdemokratische Presse in den letzten Wochen wieder einmal in langen Artikeln ankündigte, hat es noch keine gute Weile. Die christlichen Gewerkschaften sind keine im Treibhaus gezüchtete Pflanze. Sie haben die feitherrigen Stürme abgewehrt und verjähren auch in der Gegenwart nicht die allerniedrigste Neigung, sich auf ihr etwaeiges Ende vorzubereiten. Sie sind vielmehr, wie in der Erklärung des Vorstandes des Gesamtverbandes vom 3. Juni ausgedrückt wurde, „organisch und unzertrennbar verknüpft mit dem gesamten volkswirtschaftlichen und staatlichen Leben der Nation.“ Was man der christlichen Gewerkschaftsbewegung antun könnte, wäre lediglich: ihre Entwicklung vorübergehend verlangsamen; sonst nichts.

Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit. Die deutsche Volkswirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten Dimensionen von ungeheurer Wichtigkeit angenommen; sie ist allein mit rund 17 Milliarden Mark am Weltmarkt beteiligt und beschäftigt heute in Industrie, Ge-

werbe, Handel und Verkehr rund 11 Millionen Lohnarbeiter. Die ehemals überwiegende handwerksmäßige Betriebsform wurde in den bedeutenderen Gewerben der Volkswirtschaft vom Großbetrieb verdrängt. Bei der Berufs- und Betriebszählung 1907 wurde ermittelt, daß in 32 122 Großbetrieben (das sind solche, in denen mehr als 50 Personen tätig sind), 5 363 851 Personen beschäftigt waren. In Betrieben, die je mehr als 10 Personen beschäftigten, waren insgesamt 7 948 426 Personen tätig. Das ehemalige arme deutsche Volk hat sich in der Zwischenzeit zu einer wohlhabenden Nation emporgearbeitet. Das deutsche Nationalvermögen wird heute auf 300—350 Milliarden Mark geschätzt. Die Massenarmee der Lohnarbeiter strebt naturgemäß ebenfalls nach einem größeren Anteil an den Erfolgen der produktiven Arbeit. Die Arme der Lohnarbeiter kann weiter ihre Lebensinteressen (Lohnhöhe, Arbeitszeit, Bezahlung usw.) nicht den verhältnismäßig wenigen Betriebsleitern allein überantworten. Hier müssen für die gemeinsamen Interessen der Lohnarbeiter allgemeine Normen vereinbart werden, die durch Tarifverträge zweckentsprechend ausgebaut werden können. Nur so ist eine ruhige, solide gewerbliche Weiterentwicklung und ein schrittweises Aufsteigen der Lohnarbeiterklasse möglich, eine bessere gewerbliche Ordnung und eine höhere Stufe gewerblicher Kultur erreichbar. Dem gewaltigen Koloss in Form des deutschen Wirtschaftskörpers ist mit Spintirieren und Sophistereien nicht Beizukommen; er kann auch durch die Gesetzgebung allein nicht in Schach gehalten werden. Daneben sind vielmehr starke Organisationen notwendig, die befähigt und instand sind, an der notwendigen Umformung und Umgestaltung dieses gewaltigen Organismus mitzuwirken. Wenn die christlich-nationale Arbeiterchaft sich nicht in die Ecke drückt und diese Arbeit der Sozialdemokratie allein überlassen will, dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als die Verbindung in starken, einflussreichen Organisationen. Und das sind heute neben den sozialdemokratischen in Deutschland lediglich die christlichen Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands sind heute nicht mehr durch andere Organisationen zu ersetzen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung verfügt, auf der seitherrigen Grundlage und Praxis, über eine bald fünfzehnjährige Geschichte. Ihre Mitglieder und Führer können nicht die während solch langer Zeit angenommenen und vertretenen Grundansätze etwa wechseln, wie man einen Rock wechselt. Eine konfessionelle Gewerkschaftsbewegung ist heute in Deutschland eine Unmöglichkeit. Schon die christliche Gewerkschaftsbewegung hatte einen außerordentlich schwierigen Stand, um zu ihrer heutigen Stellung zu gelangen. Zugewachsen hat sich die Situation zu gewerkschaftlichen Neubildungen weiter verschlechtert. Als 1899 die christlichen Gewerkschaften sich zu ihrem ersten Kongress zusammensanden, zählten die sozialdemokratischen Gewerkschaften noch nicht ganz 600 000 Mitglieder und verfügten über eine Jahreserinnahme von 7 1/2 Millionen Mark und über ein Vermögen von 5 1/2 Millionen Mark.

Zugewachsen sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf 2,4 Millionen Mitglieder angewachsen mit einer Jahreserinnahme von etwa 70 Millionen Mark und einem Vermögensbestand von über 50 Millionen Mark. Gegenüber diesem Vorsprung sich zu behaupten, ist für die Minderheitsorganisationen in der Arbeiterbewegung ebenso schwer, wie der Kampf des Klein- und Mittelbetriebes gegen den Großbetrieb. Auch die geistigen Kämpfe in der Arbeiterbewegung werden nicht ausschließlich mit Ideen, sondern zum großen Teil mit wirtschaftlichen Machtmitteln ausgetragen.

Das Zusammenwirken in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist ausschließlich gegenseitige Vertrauenssache. Die evangelischen Arbeiter besanden sich seither in der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der Minderheit; sie haben sich der Bewegung angeschlossen, im festen Vertrauen auf ein dauerndes Zusammenwirken. Als die christliche Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren unausgesetzt durch die bekannten Brekretierereien beunruhigt wurde, vergewisserten sich selbstverständlich die führenden evangelischen Kollegen über den Stand der Dinge. Die katholischen Führer konnten ihnen auf Grund der besten Informationen sagen, daß zu Besorgnissen keinerlei Veranlassung vorliege. Wenn daher heute die katholischen Führer von ihren evangelischen Kollegen abdrücken wollten, bedeutete dieses nach den Vorgängen der letzten Jahre eine Treuloseigkeit, zu der weder die katholischen Führer noch Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegenüber ihren evangelischen Kollegen fähig sind. Die katholischen Führer der christlichen Gewerkschaften hätten zudem bei entgegengelegtem Verhalten ihre Rolle im öffentlichen Leben Deutschlands ausgespielt. Es ist schließlich etwas anderes, eine akademische Gesellschaft umzugestalten, als eine nach Hunderttausenden von Mitgliedern zählende Gewerkschaftsgruppe, die mit den praktischen Verhältnissen eines Landes völlig verwachsen ist. Leistungsfähige Gewerkschaften, insbesondere solche nach deutschen Begriffen, lassen sich nicht aus der Erde stampfen. Dazu gehören vielmehr eine Anzahl Voraussetzungen, was wohl niemand heifer als der Vertreter der katholischen Fachabteilungen erfahren hat. Die christlichen Gewerkschaften haben nach der religiös-jütlichen Seite ihren Mitgliedern alle möglichen Garantien geboten. Sie haben nach dieser Richtung mehr getan, als irgend eine andere Organisation gleicher Art. Von einer etwaigen Umgestaltung der christlichen Gewerkschaften kann also gar keine Rede sein; darüber ist jede Diskussion nutzlos.

Die christlichen Gewerkschaften sind in Deutschland eine staatliche Notwendigkeit. Bei der letzten Reichstagswahl entfielen auf die Sozialdemokratie 4 1/2 Millionen Stimmen. Eine vollständige Umgestaltung des Verfassungslebens des Deutschen Reiches und der größeren deutschen Bundesstaaten erscheint in absehbarer Zeit als eine Unmöglichkeit. Ebensovientig kann auf der anderen Seite die Sozialdemokratie ihre mehr als 4 Millionen Anhänger, deren Erziehung auf prinzipielle Gegnerschaft zum Militarismus, Marinismus und zur Weltkollie gestimmt ist, für etwaige Zustimmung zum Reichshaushalt gewinnen. Sie kann als demokratische Partei ihre fünfzigjährige Erziehungsarbeit nicht plötzlich verneinen und umhüllen. Der Reichshaushalt ist aus dem sozialistischen Gesichtswinkel betrachtet etwas ganz anderes als die Stats der Einzelstaaten. Die Sozialdemokratie wird sich also in absehbarer Zeit mit der bürgerlichen Gesellschaft auseinanderlegen müssen. Da dies im Rahmen des Parlamentarismus kaum möglich ist, bleibt ihr letztes Ende kein anderes Mittel übrig, als der politische Massenstreik, den sie schon 1905 in ihre Kampfmittel aufgenommen hat, und der alsbald in Belgien, wo die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen nicht auf ihre Rechnung kam, verwirklicht werden soll. Solange in Deutschland eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, sind diese Pläne der Sozialdemokratie nicht realisierbar. Die christlichen Gewerkschaften betrachten den Streik ausschließlich als wirtschaftliches Kampfmittel, und müssen den politischen Massenstreik auch schon

deshalb ablehnen, weil bei einer revolutionären Staatsumbildung, nicht bloß soziale Werte auf dem Spiele stehen, sondern es sich dabei auch um ethische, nationale und kulturelle Fragen handelt, in denen zwischen christlich-nationaler Arbeiterchaft und Sozialdemokratie eine unüberbrückbare Kluft besteht.

Diese Zusammenhänge sind schon in letzter Zeit einige Male in der Erscheinung getreten: gelegentlich der vorjährigen Marokkokrise, bei der weite Kreise innerhalb der Sozialdemokratie eine Zeitlang mit dem politischen Massenstreik gespielt haben, und wogegen die christlich-nationale Arbeiterchaft geschlossen Stellung nahm, und dann bei dem letzten Ruhrbergarbeiterstreik, der bei längerer Dauer lediglich zum Vorteil der englischen Kohlenindustrie ausgefallen wäre. Gegenüber den politischen Massenstreikplänen der Sozialdemokratie bildet die christliche Gewerkschaftsbewegung schon heute einen unüberwindlichen Damm. Ohne Stilllegung des Verkehrsverwerbes und Bergbaues ist bei dem komplizierten Wirtschaftsorganismus in Deutschland ein erfolgreicher politischer Massenstreik nicht möglich. In den beiden wichtigsten Gewerben der Volkswirtschaft, im Verkehrsverwerbe und Bergbau, verfügen die christlichen Gewerkschaften aber schon heute über bedeutende Positionen mit mehr als 150 000 Mitgliedern.

Diese Tatsachen lassen es auch verständlich erscheinen, warum die Sozialdemokratie mit so großer Sehnsucht einer Verstärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung entgegensteht. Die Sozialdemokratie ist nicht, wie manche Kreise glauben, zu überwinden mit politischer Gewalt — dafür sigen ihre Ideen viel zu tief in den breitesten Volksmassen; sie ist ebensowenig zu überwinden mit Entgegenkommen — sonst müßten in einigen süddeutschen Staaten schon diesbezügliche Ergebnisse vorliegen —; sie kann nur in den deutschen Volks- und Staatsorganismus eingegliedert werden, wenn neben einer zielklaren, ausgleichenden Politik eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung tritt, die die Sozialdemokratie zwingt, allmählich andere Wege einzuschlagen. Alle anderen Experimente führen nicht zum Ziele: zu einem allmählichen Wiederbesserverstehenlernen des deutschen Volkes in seinen verschiedensten Schichten.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist also ein viel zu wichtiger Faktor in unserem deutschen Berufsleben, als daß ihre Stofkraft auf den verschiedensten Gebieten geschwächt werden dürfte. Im Gegenteil: sie muß immer mehr erstarken. Und darauf energisch mitzuarbeiten ist die unablässige Aufgabe ihrer Anhänger in nächster Zeit.

Köln, 2. Juli 1912.

Das Generalsekretariat.

Das Mindestlohngesetz in England.

Eine für seine Bedeutung zu geringe Beachtung hat das englische Mindestlohngesetz für Bergarbeiter gefunden. Und das obgleich hier zum ersten Mal ein Prinzip einen Sieg errungen hat, um das auch schon in Deutschland gekämpft worden ist. Es ist gewiß kein Zufall, daß ein solches Gesetz zuerst für die Kohlenindustrie in Anwendung gebracht wurde. Wie noch allgemein bekannt sein dürfte, hat der große englische Kohlenarbeiterstreik den Anstoß zu diesem Gesetze gegeben. Sein erster Zweck ist, in der Folge derartige Streiks zu verhindern, der Volkswirtschaft eine so furchtbare Erschütterung, die mit dem Ausbleiben der Kohlenförderung und der Kohlenlieferung immer verbunden ist, zu ersparen. Der erste Grund dieser Gesetzgebung liegt in der nationalen und wirtschaftlichen Bedeutung der Montanindustrie. In einem anderen Zusammenhang: der Staat und die Kartelle, haben wir die Forderung aufgestellt, daß der Staat diese Industrie sich nicht durchaus selbst überlassen dürfe, sondern in verschiedener Hinsicht regulierend eingreifen müssen und an anderer Stelle haben wir eine ähnliche Regelung, wie sie in der Kaliumindustrie besteht, verlangt — unter Vermeidung der dort gemachten Fehler, die eine ungewollte Vermehrung der Kalibergwerke mit sich gebracht haben. Im Kaligesetz besteht eine Art indirekter Festlegung des Minimallohnes; als Standardlöhne sind die Löhne v. J. 1909 gedacht; will ein Bergwerk diese Löhne herabsetzen, so muß es sich eine Verkürzung seiner Beteiligungsziffer gefallen lassen, außer wenn die Herabsetzung der Löhne mit Wissen und Willen der Arbeiter erfolgt. Dieses gilt als gegeben, wenn die in geheimer Wahl festgestellte Arbeitermehrheit eines Werks sich dafür ausgesprochen hat. Wenn die Bedeutung des Kalis eine derartige Gesetzgebung verlangt, so erst recht die der Kohle.

Die sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen eines gesetzmäßigen Mindestlohnes sind nicht schwer zu erkennen. Die sozialen liegen darin, daß der Arbeiter ein Existenzminimum garantiert erhält, daß er in gewissem Umkreise der Willkür seines Arbeitgebers entzogen ist, die wirtschaftlichen in einer vermehrten Sicherheit des gesamten Wirtschaftslebens. Allerdings sind Lohnstreitigkeiten deshalb nicht unter allen Umständen ausgeschlossen, aber sie dürften doch stark zurückgehen, da der Mindestlohn schließlich auch die Grundlage für die sonstige Normierung der Preise bietet.

Das englische Gesetz setzt nicht einen für das ganze Land gültigen Mindestlohn fest, vielmehr erhält jeder der 20 Bezirke, in die England eingeteilt ist, einen Bezirksausschuß, der den Mindestlohnsatz für jeden Bezirk bestimmt. Durch diese m. E. sehr empfehlenswerte Regelung ist es möglich, den Mindestlohn den besonderen Verhältnissen eines Landesteiles entsprechend festzusetzen; das um so mehr, als der durchschnittliche Tagelohnsatz für Arbeiter der betr. Art berücksichtigt werden muß. Und noch eine weitere Bestimmung dient diesem Zweck: Ein Bezirk kann, wenn die Verhältnisse es erfordern, wieder in mehrere Unterabteilungen gegliedert werden, von denen jede einen besondern Mindestlohnsatz erhält. Wie schon erwähnt, erfolgt die Festlegung des Mindestlohnsatzes durch den Bezirksausschuß. Als ein solcher kann vom Handelsamt irgend eine Körperschaft anerkannt werden, die entweder zur Zeit des Erlasses dieses Gesetzes bereits besteht oder gemäß diesem Gesetz errichtet wird, wenn sie nach Ermessen des Handelsamts die Bergarbeiter wie die Bergwerksunternehmer des Bezirks gerecht und angemessen vertritt, und der Vorsitzende eine unabhängige Person ist, die durch Vereinbarung zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer in der Körperschaft oder mangels einer Vereinbarung durch das Handelsamt bestellt ist.“ Der Bezirksausschuß kann für besondere Arbeiter und für besondere Bergwerke auch besondere Mindestlöhne festsetzen und ebenso besondere Bezirksregeln. Unter diesen versteht man in erster Linie die Bestimmungen über Ordnungsmäßigkeit der Arbeit und der Arbeitsleistung. Mit diesen Worten ist gesagt, daß dem Mindestlohn eine Mindestleistung gegenüber steht. Der Umstand, daß für Normierung der Bezirksregeln die gleichen Grundätze gelten, wie für die Festlegung des Mindestlohnes, daß also in allen Fällen ein Eingehen auf besondere Verhältnisse ermöglicht ist, nimmt der Bestimmung ihre Härte.

Die Geltungsdauer des Gesetzes ist vorläufig auf drei Jahre festgesetzt — es bedarf aber wohl kaum großer Prophezei...

Mancherlei Anzeichen sind vorhanden, die einen obrigkeitlichen Einfluß auf die Entschlüsse auch in unserer Kohlenindustrie...

Aus den Hüttenbetrieben Bayerns.

Die Hüttenarbeiter Bayerns rühren sich in letzter Zeit zwecks Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen...

Auch beim jetzigen Landtag hat sich unsere Bezirksleitung mit zwei Petitionen für die Staatsarbeiter verwandt...

Die bayerischen Staatsarbeiter bedürfen dringend einer Lohnerhöhung. Mit Löhnen von 2-2.50 Mk. für 18 bis 21jährige Arbeiter...

Von den Abgeordneten sprachen die Herren Senatspräsident Berno und Held. Sie betonten, daß sie alles daran setzen würden, um den Wünschen der bayer. Staatsarbeiter gerecht zu werden.

Zum Schlusse wurde noch betont, daß die Landtagsabgeordneten auch nicht alles allein machen können; die Arbeiter müssen eine starke Organisation hinter sich haben...

Arbeiter müssen wir bedenken, und daß sind diejenigen, die sich aufnehmen lassen und wenn sie ihren Zweck erreicht, wieder dem Verband den Rücken kehren.

Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse im Regierungsbezirk Köln.

Auf Grund der Berichte der Gewerbeinspektoren aus dem Jahre 1911 ist es möglich, unsern Kollegen im Kölner Bezirk ein kleines Bild über die Arbeitsverhältnisse zu geben.

Die Zahl der der Gewerbaufsicht unterstellten Betriebe im Regierungsbezirk Köln stieg von 5595 auf 5869. Die Zahl der Arbeiter in diesen von 123061 auf 130955.

In der Großindustrie ist hier die zwölfte Arbeitszeit noch die allgemein übliche. Im Kölner Bezirk arbeiteten 104 Arbeiter in Hammer- und Brechwerken...

Daß angesichts solcher Tatsachen eine Steigerung der Unfälle eingetreten ist, wundert keinen, der weiß, wie wild und unachtsam heute in der Produktion gearbeitet wird.

Das Gerassel der Maschinen, das Klopfen der Hämmer, das Knattern der Walzenstrahlen, die Gefahren der Lastförderer...

Die Frau im Wirtschaftsleben.

(Schluß.)

Die Frauen-Erwerbsarbeit befindet sich auf der ganzen Linie im Vormarsch. Das mag von mehr als einem Gesichtspunkte aus beklagenswert erscheinen...

vom Jahre 1911 wird nachgewiesen, daß die Zahl der männlichen Mitglieder von 1885 bis 1910 von 3 1/2 Millionen auf 9 1/2 Millionen...

Bei der Berufszählung 1907 wurde festgestellt, daß von der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung Deutschlands 30,4 Prozent weiblichen Geschlechts sind.

Geht man die Tabellen über die Berufszugehörigkeit der Reichsbevölkerung am 12. Juni 1907 durch, so findet man, daß im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen sowie in der Torfgewinnung...

Table with 3 columns: Berufszweig, Weibliche Personen Gesamtzahl, Weibliche Personen davon als Eigentümer. Includes categories like Industrie der Steine und Erden, Metallverarbeitung, etc.

In der Landwirtschaft waren 1907 4558718 Frauen erwerbstätig. Davon werden 297791 Frauen in der Statistik als Eigentümer, 25343 als Bäcker aufgeführt.

Aus den großen Berufsgruppen sollen hier nur einige Berufsarten mehr handwerksmäßiger Natur herausgehoben und die Zahl der dabei selbständig tätigen Frauen (Eigentümer) angegeben werden.

Die vorstehenden Zahlen zeigen die Verhältnisse im ganzen Reich. Interessant sind auch die Zahlen über die Entwicklung in Bayern, wo der landwirtschaftliche Betrieb noch die größte Berufsabteilung bildet.

Im Bekleidungsgerwebe waren allein 31343 Frauen selbständig tätig; im Reinigungsgerwebe 6733. Im Gast- und Schankwirtsgerwebe wurden 4253 selbständig tätige Frauen gezählt.

1907 finden wir im Baugeerbe allein 410 Frauen, die das Gewerbe selbständig betreiben. Im Besitze von Steinhauerereien findet man 84 Frauen, bei der Töpferei 13 Frauen.

In fast allen Berufsarten finden sich selbständig tätige, bzw. den Betrieb in Eigenbesitz habende Frauen; darunter eine Anzahl Witwen. Manches Geschäft wäre zu Grunde über der Familie verloren gegangen, wenn nicht die Frau zugegriffen, ja die Führung des Geschäfts übernommen hätte.

als Humburg erwiesen worden? Wer spottet mehr über das Wollenkuckuckheim des Zukunftsstaats, über all die süßen Herrlichkeiten, die angeblich am Tage nach der sozialen Revolution sich einstellen sollen, als führende Genossen selbst? Von den grundlegenden Wahrheiten des sozialdemokratischen Parteiprogramms ist keine einzige heil geblieben; die Wechsellinien in der Sozialdemokratie streifen sich über dieselben herum, daß nur so die Haare fliegen, und gleichwohl schwindelt die sozialdemokratische Presse ihren Lesern vor, es handle sich hierbei um leichte — Meinungsverschiebungen. Nun, sie weiß ja am besten, was sie ihren Lesern an Unsinnigkeiten und Unwahrhaftigkeiten bieten darf.

Und dann erst die Fragen des Tages! Tarifreue und Tarifgegner, Kolonialpolitiker und Kolonialgegner, Schutzöllner und Freihändler, Militaristen und Antimilitaristen, Flottenchwärmer und Flottenhasser, Abwehrungsbeschwörer und Abwehrungsgegner, Agrarier und Agrarierfeinde, Budgetbewilliger und Budgetablehner, wie schwirren sie in der Sozialdemokratie nicht herum in „buntem Durcheinander“! Und sieht nicht jeder für seine Meinung als die einzig richtige mit einem Eifer und einem Feuer, daß es rote und blutige Köpfe gibt?

Und doch soll auch in Beziehung auf diese Tagesfragen die „gemeinsame Basis unzerlegt“ sein! Was ist überhaupt diese „gemeinsame rote Basis“? — Diese Frage beantwortete seinerzeit der Sozialist Max Maurer in Nr. 9, 1911 der „Sozialist. Monatshefte“ treffend also:

„Fragt irgend einen unserer sogenannten Radikalen, auf welchem Wege denn nun das Proletariat zur Macht kommen werde, was wir denn nun tun sollen, um dem entscheidenden Schritte zur Macht näher zu rücken: Die Antwort ist immer Entrüstung über den Frager, aber nie ein klares Programm und eine Auseinandersetzung bestimmter, deutlich vorgestellter Aktionen. Es heißt dann: „Der Frager hat von dem Wesen unserer Partei keine Ahnung“; oder „jeder Quartaner weiß“ usw. Der Frager gilt als Idiot oder als Denunziant oder als Spindel oder als sonst was; aber eine Antwort hat sich ein Frager aus all dem Lärm noch niemals herausgehört können. Höchstens daß mit der Miene der Weisheit verkündet wird: Das Proletariat wird schon wissen, was es zu tun hat; in der entscheidenden Stunde wird unsere alte bewährte Taktik uns schon zum Siege führen. Und ähnliches mehr. Zwei, drei, auch fünf Jahre lang glaubt man solchen Reden; schließlich merkt man doch langsam, daß hinter alledem nichts anderes steht als ein Nichts. Sie haben kein Programm, und deshalb können sie uns nichts sagen. Sie wissen nicht, was sie tun sollen, und deshalb machen sie Worte. Sie müssen sich und andere über die gänzliche Leere ihres Inneren hinwegtäuschen.“

Die rote „gemeinsame Basis“ ist also ein Schlager, lediglich dazu bestimmt, die abgrundtiefen Meinungsverschiedenheiten zu verdecken, die die sozialdemokratische Partei zerklüftet. Und dieses „vielleicht etwas bunte Durcheinander“! Kann da, wo es sich um den Streit um Fragen handelt, die die Lebensinteressen namentlich auch des Arbeiterstandes auf das empfindlichste berühren — wir erinnern an Wirtschaftspolitik, Tarifwesen etc. — von einem unerschütterlichen „vielleicht etwas bunten Durcheinander“ geredet werden?

Zug und Trug allerhöchster Art ist es, vermittelt dessen die sozialdemokratische Presse ihre Leser über die Parteiführer hinwegtäuschen sucht. — Und damit sie das nicht merken, werden ihnen durch schöngefärbte Phrasen die Köpfe vernebelt.

Sozialistische „Arbeiterfreundlichkeit“. Zu diesem schier unerschöpflichen Kapitel veröffentlicht die R. W. eine Zuschrift aus Lothringen, die wir unseren Kollegen nicht vorenthalten wollen. Es heißt da: „Der einzige Kandidat Arbeiter im Landtage ist der Zentrumsabgeordnete Collet, der bei seiner Wahl in der Grube arbeitete. Der sozialdemokratischen Fraktion, die meist aus Kaufleuten, Redakteuren, Parteibeamten besteht, ist diese Tatsache sehr unangenehm. Sie behandelt daher den Abg. Collet, auch wenn er Arbeiterinteressen mit großer Sachkenntnis vertritt, mit besonderer Unfreundlichkeit. Herr Collet wird ob seines Eintretens für die Rechte der Arbeiter von den rückständigen Unternehmern und ihren Agenten fortwährend bekämpft. Man sollte nun meinen, die Sozialdemokraten würden da ihre Arbeiterfreundschaft über das Parteiwesen setzen. Das ist aber nicht der Fall, wie folgender Artikel der Freien Presse, sozialdemokratisches Organ für Lothringen, zeigt. Unter dem Titel: Ein Märtyrer schreibt das sozialistische Blatt am 5. Juli:

„Beleidigungsklage gegen den Landtagsabgeordneten Collet beabsichtigt die Verwaltung der Grube Klein-Moseln anzustrengen. So teilt die Volkstimme mit. Ob es sich um Äußerungen handelt, die Collet im Landtage getan hat, und die selbstredend durch die Immunität gedeckt wären, ist bis jetzt noch nicht bekannt. — Da scheint auch der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Hr. Collet gefällt sich nämlich ganz besonders in der Rolle des Märtyrers, die ihm aber im übrigen ganz gut zu bekommen scheint.“

Man muß die süffianten Bourgeois-Mühen des Abg. Peirotes, des Redakteurs der Freien Presse, im Landtage gesehen haben, um diese Stellungnahme gegen einen wirklichen Industriearbeiter seitens der Leute zu würdigen, die immer beanspruchten, die ausschließlichen Vertreter der Arbeiter zu sein, obschon sie in der Mehrzahl längst dem Arbeiterstande entwachsen und nur durch Hilfe der Beamten und Kapitalisten gewählt sind. Diese Verhöhnung des Arbeiter, „Märtyrers“ durch die Berufssozialisten, denen die sozialistische Politik zum Bourgeoisdasein verholfen, sei Bebel und der alten Garde aus der Zeit des Sozialistengesetzes zur Beachtung empfohlen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Tarifabschluss im Essener Kunst- u. Bauhölzergewerbe.

Im Februar dieses Jahres wurde von uns und dem sozialab. M.-A.-B. eine gemeinsame Bewegung zum Abschluss eines Tarifvertrages im Essener Schloßergewerbe eingeleitet. Dieser Wunsch der Gesellen war um so berechtigter, weil fast alle anderen Berufe am Orte tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse haben. Zur Durchführung eines Tarifvertrages ist die Einigkeit die erste Vorbedingung. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband verzögerte jedoch das einmütige Zusammenarbeiten zwischen christlich und „frei“ Organisierten, und gab am 10. April (also 4 Wochen nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks, der Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes den Bescheid, wegen der Haltung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter beim Bergarbeiterstreik und der angeblichen

Erklärung des Kollegen Engel-Vochum, nicht mitmachen zu können. Wir gingen darum allein vor.

Der christliche Metallarbeiterverband war mit ungefähr 100, der sozialdemokratische Verband mit 60-65 Kollegen beteiligt. Nach mehrmaliger Verhandlung zwischen unserm Verband und der Schloßerzweigsgewerksinnung wurde für den Bereich der letzteren nachstehender Tarif abgeschlossen:

a) Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden bei 1 1/2 stündiger Mittags- und 1/2 stündiger Frühstück- und Vesperpause. Der Anfang der Arbeitszeit kann in jeder Werkstatt nach Belieben erfolgen. Samstag ist eine Stunde früher Arbeitschluss.

Am den Arbeitstagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten endet die Arbeitszeit spätestens 4 Uhr nachmittags. Für die anfallenden Arbeitsstunden kann kein Lohn beansprucht werden.

b) Ueberstunden.

Als Ueberarbeit gilt jede Arbeitszeit, die innerhalb drei Stunden nach einer vollendeten 10stündigen Tagesarbeit geleistet wird. Urlaub wird in die Arbeitszeit eingerechnet. Als Nacharbeit gilt jede Arbeit nach den üblichen Ueberstunden bis zum Beginn der täglichen Arbeitszeit. Arbeit an gesetzlichen Feiertagen und Sonntagen gilt als Sonntagsarbeit.

c) Lohn.

Der Lohn unterliegt der freien Vereinbarung, insbesondere im ersten halben Jahre nach beendeter Lehrzeit.

Im zweiten halben Jahre darf derselbe nicht unter 36 Pfennig; im dritten Jahre nicht unter 42 Pf.; im vierten nicht unter 46 Pf.; im fünften nicht unter 50 Pf. pro Stunde betragen. Von da ab wird mindestens 55 Pf. pro Stunde bezahlt. Selbstständig arbeitende Gesellen erhalten einen Mindestlohn von 60 Pf. pro Stunde.

Alle Gesellen, welche bei Einführung dieses Vertrages vorliegende und höhere Löhne bereits verdienen, erhalten ab 15. September 1912 eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde und am 1. August 1913 einen weiteren Pfennig pro Stunde.

Gesellen, welche aus irgend einem Grunde nicht in der Lage sind, ein bestimmtes Arbeitspensum zu leisten, erhalten Lohn nach Uebereinkunft. Streitigkeiten hierüber entscheidet die Schlichtungskommission.

d) Akkordarbeiten.

Akkordarbeiten sind zulässig. Die Akkordpreise unterliegen besonderer schriftlicher Vereinbarung. Für alle Arbeiten, welche öfter wiederkehren, muß ein Akkord-Tarif angefertigt und sichtbar ausgehängt werden. Der bisher gezahlte Stundenlohn wird garantiert. Kolonnenakkord wird mit dem Kolonnenführer vereinbart, dieser hat aber den ihm unterstellten Arbeitern von der Vereinbarung Mitteilung zu machen. Der Kolonnenführer erhält von dem erzielten Uberschuß 5 Prozent extra. Die anderen 95 Prozent werden prozentual nach den Stundenlöhnen verteilt. Der volle Akkordlohn wird nach Fertigstellung und Abnahme der Arbeit ausgezahlt. Jeder Akkord wird für sich selbst abgeschlossen und dürfen verschiedene Akkorde nicht gegeneinander aufgerechnet werden.

e) Lohnzuschläge.

Für jede Ueberstunde wird ein Zuschlag zum Lohn von 25 Prozent, für jede Nacharbeit 50, und für jede Sonntagsarbeit 100 Prozent extra bezahlt.

f) Montagen.

Bei Arbeiten in größerer Entfernung von der Werkstatt aus wird die Fahr- und Laufzeit als Arbeitszeit gerechnet. Das ausgelegte Fahrgeld wird vergütet. Ist die Rückkehr zum Mittagessen nicht möglich, so wird eine Zulage von 1 Mark pro Tag bezahlt. Muß auswärts übernachtet werden, so erfolgt ein Tageszuschuß von 2,50 M., in besonders teuren Orten entsprechend mehr. Es wird Fahrgeld 3. Klasse vergütet.

g) Lohnzahlung.

Die Lohnzahlung erfolgt 14tägig und zwar während der Arbeitszeit, jedoch kann der Arbeiter eine achttägige Abschlagszahlung bis zu 80 Prozent des verdienten Lohnes beanspruchen. Zwischen dem Schluß der Lohnperiode und dem Zahltag dürfen nicht mehr als 2 Tage liegen.

h) Werkstatt.

Den Gesellen ist zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke ein verschließbarer Schrank zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls ist für genügende Wascheinrichtung Sorge zu tragen. Für Ventilation und genügendes Werkzeugszeug ist ebenfalls zu sorgen.

i) Kündigung.

Im allgemeinen findet eine gegenseitige Kündigung nicht statt, es kann jedoch eine Kündigungsfrist bis zu drei Tagen vereinbart werden.

k) Schlichtung von Streitigkeiten.

Für den Fall, daß aus vorstehenden Vertragsbestimmungen Streitigkeiten entstehen, sind die Streitfälle einer Schlichtungskommission zu unterbreiten, die aus je drei Mitgliedern beider Parteien unter einem unparteiischen Vorsitzenden zu bestehen hat. Die Schlichtungskommission hat innerhalb drei Tagen, nachdem sie von einem Teile angerufen ist, zusammenzutreten. Die entstehenden Kosten haben die Organisationen der Meister und Gesellen zu gleichen Teilen zu tragen.

l) Durchführung des Vertrages.

Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Vertrages einzusetzen. Ein Exemplar dieses Tarifs ist am Gewerbeamt niederzulegen.

m) Allgemeines.

Vorschriften in Arbeits- und Werkstattordnungen, die diesen Vertragsbestimmungen zuwiderlaufen, sind ungültig.

n) Dauer des Vertrages.

Dieser Vertrag beginnt mit dem 1. August 1912 und endet am 1. August 1914. Wird 2 Monate vor Ablauf dieses Termins der Vertrag nicht gekündigt, so läuft er stillschweigend um ein Jahr weiter. Jede Partei ist für sich zur Kündigung befugt.

Der Vertrag ist in jeder Werkstatt sichtbar auszuhängen. Essen, den 5. Juli 1912.

Für die Schloßerzweigsgewerksinnung Essen-Nahe und Umgebung. gez. Hugo Wiesbert, Obermeister. August Vogelhang. Peter Hendriks. Wilh. Bernhard. Fritz Hecht. Wilh. Fernes.

Christlicher Metallarbeiterverband.

Für die Bezirksleitung: H. Kirjieser.

Für die Ortsverwaltung Essen: H. Radberg. W. Gröne.

Für die Gesellenkommission: Joh. Tiedeman. Julius Brandau. Ferd. Kriebel.

Die 270-280 in Betracht kommenden Gesellen erhalten durch den Vertrag durchschnittlich pro Kopf und Stunde einen Mehrerwerb von 4-5 Pfennig.

Berufskollegen! Jetzt ist ein langgehegter Wunsch der Essener Schloßergesellen erfüllt. Wenn nicht alles durchgesetzt werden konnte, so liegt dieses an der Taktik „der großen Strategen“ des deutschen Metallarbeiterverbandes. In Städten, in denen der sozialdemokratische Verband, allein oder mit großer Mehrheit in Frage kommt, ist ein günstigerer Vertrag nicht aufzuweisen.

Es liegt jetzt an unseren Kollegen, die Organisation weiter auszubauen, damit der Erfolg ein dauernder bleibt.

Heilbronn. In einer stark besuchten Betriebsversammlung der Firma Weibert und Söhne, Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen und Eisengießerei, haben die Arbeiter am 18. Juni beschlossen, durch die Arbeiterorganisationen der Firma eine Reihe Forderungen vorzulegen.

Gefordert werden: der Hauptsache: Verkürzung der Arbeitszeit am Samstag um eine Stunde, unter Bezahlung des früheren Wochenlohnes; Lohnhöhung für die Lohnarbeiter um 2-3 Pf. die Stunde; für Ueberstunden einen Lohnzuschlag von 25 Prozent und für Sonntags- und Nacharbeit 50 Prozent; Regelung der Abschlagszahlung bei Akkordarbeit und Regelung des Kolonnenstems. Die Firma beschäftigt 5-600 Arbeiter. Die Forderungen werden unterstützt vom christlichen Metallarbeiterverband und den anderen beteiligten Organisationen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Gebelsberg. Bei der Firma Wilh. Schmidt, Schloßfabrik und Temperiererei stehen die Arbeiter im Streik.

Düsseldorf-Grevenbroich. Ueber die Dreherei der Maschinenfabrik Klingelhöffer ist die Betriebsperre verhängt.

Beckum. Wegen Differenzen in der Cementindustrie ist der Zugang von Schloßern, Drehern, Schmieden und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Werdohl. Ueber die Firma J. W. Dunter ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer streiken.

Werdohl. Die Firma Gebr. Honsel in Coetling ist für Britanienwarenarbeiter gesperrt.

Uerdingen-Naldenhäuser. Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Köhr ist die Sperre verhängt. Zugang von Drehern, Schloßern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Burgsteinfurt. Ueber die Formerei der Firma W. Drees ist die Betriebsperre verhängt. Zugang fernhalten.

M.-Gladbach. Bei den Firmen Hausbald & Co. und Gebr. Rembold, Eisenblecherei, sind Differenzen ausgebrochen. Die Betriebe dieser Firmen in Süchteln und M.-Gladbach sind gesperrt.

Machen. Bei der Firma Pausus, Pauschloßerei und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streik.

Sagen-Schwellen. Das hiesige Gebiet ist für Formere und Gießereiarbeiter gesperrt.

Mannheim. Die Fuß- und Wagenschmiede stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Mugsburg. Die Fuß- und Wagenschmiede stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Düsseldorf. Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Akkord- und Lohnarbeit stehen einzelne Abteilungen folgender Werke im Streik: Woeste & Co., Fittingsfabrik: Schmiede, Zuschläger und Schloßer. Gebr. Jnden, Fittingsfabrik: Schmiede, Zuschläger, Dreher, Werkzeug- und Reparaturschloßer. Stahlwert Defing: Gießerei, Modellreinerei und Maschinenabteilung. Bei der Firma Phönix, Abteilung Kölnerstraße, stehen die Dreher wegen Akkorddifferenzen im Streik.

Essen-Nahe. Die Fuß- und Wagenschmiede stehen in Kündigung, zwecks Abschluß eines Tarifvertrages. Zugang ist streng fernzuhalten.

Osnabrück. Die Firma C. Weymann ist für Formere und Kernmacher wegen Lohnhöhen gesperrt.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. Juli der einunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Juli bis 3. August fällig.

Die Verwaltungsstelle Ludwigshafen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 20 Pf. pro Woche ab 1. August d. J. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zu Folge.

Das bisherige Mitglied Franz Sieber, Buchnummer 103 864, ist auf Antrag der Ortsverwaltung Waleu wegen unfollegalen Verhaltens und Schädigung der Verbandsinteressen aus dem Verbandsausgeschieden.

Weinheim. Das Mitgliedsbuch Nr. 56 883, ausgestellt auf den Namen Ric. Schmitt, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Müllgart. Die Metallgenossen betreiben wieder einmal Gimpelgang. Genau wie der Wolf im Schafskleid, krebren sie unter dem Deckmantel der politischen und religiösen Neutralität. In Nr. 133 der sozialdemokratischen Schwab. Tagwacht erscheint aus dem sozialdemokratischen Metallarbeiterlager ein Artikel unter der geschmackvollen Bezeichnung: „Christliche Schwundelmauer“. Zunächst wird gegen ein vom christlichen Metallarbeiterverband anlässlich der letzten Metallarbeiterausführung herausgegebenes Flugblatt und gegen die angeführte Tatsache, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband durch Terrorismus und Monopolverträge alle Metallarbeiter in seine

Reihen zwingen und der sozialdemokratischen Willkür ausstufen wollte, polemisiert und dies als Lüge bezeichnet. Dann heißt es weiter:

„Im Deutschen Metallarbeiterverband wird niemand nach seiner religiösen und politischen Gesinnung gefragt; niemand wird wegen der Ausübung seiner Gesinnung Schwierigkeiten oder Vorwürfe gemacht. Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes kann jeder werden, der den christlichen Willen hat, im Rahmen der heute bestehenden Gesetze an der wirtschaftlichen Besserstellung der Metallarbeiter mitzuarbeiten. Der Deutsche Metallarbeiterverband lehnt es aber ab, sich vom Papp in Rom Vorschriften machen zu lassen, weil er auf dem Standpunkt steht, daß die Religion mit der Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun hat.“

Angesichts dieser Darstellung weiß man wirklich nicht, über was man sich wundern soll, ob über die geradezu bemessene Mäßigkeit der Tatsachenvernehmung und Werturteilung oder über die Naivität der Genossen. Nur ein Blick in die „freie“ Gewerkschaftspressen beweist nämlich das Gegenteil. Das gleiche Bild bieten die Versammlungen und die Reden der sozialdemokratischen Gewerkschaftsagitatoren. Allerdings bei christlich-nationalen Arbeitern, namentlich in ländlichen Gegenden, schweigen sich die Agitatoren über ihre Parteizugehörigkeit in allen Sprachen aus. Wie die Mitglieder der Sozialdemokraten erzogen werden, dazu lieferte die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ vor gar nicht langer Zeit ein prächtiges Beispiel. Sie schrieb:

„Jeder Gewerkschaftler muß veranlaßt werden, die Parteizugehörigkeit des Wahlkreises, in dem er seinen Wohnsitz hat, zu lesen. Wer sie nicht liest, und sei er auch organisiert, hat keine Gemeinschaft mit der großen Masse des Volkes.“

Und einige Zeit nachher schrieb das gleiche Blatt: „Wir haben keinen Grund, zu verheimlichen, daß unsere Gewerkschaften zum allergrößten Teil aus Sozialdemokraten bestehen und deshalb auch die Tätigkeit unserer Gewerkschaften sich in sozialdemokratischem Sinne vollzieht.“

„Wir machen gar keinen Hehl daraus, daß unsere Gewerkschaften von Anfang an mit der Sozialdemokratie eng verbunden waren; wir haben alles Interesse daran, daß die engen Beziehungen von Partei und Gewerkschaft stets erhalten bleiben.“

So steht also die Neutralität des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes aus. Es wirkt komisch, wenn die Metallgenossen sich von dem Vorwurf des Terrorismus rein waschen wollen. Namentlich in Stuttgart, wo die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften täglich einen Kampf um die Arbeitsstelle zu führen gezwungen sind und die „freien“ Metallarbeiter der Firma Bosch die bekannte Terrorismusresolution faßten. Erst in den letzten Wochen wurden wieder vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband Betriebsversammlungen abgehalten mit dem Zweck, darüber zu beraten, wie die Christlichen zum Uebertritt zu veranlassen seien. In der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft liegt es, durch Aufklärungsarbeit die unehrliche Agitation der Genossen zu nichte zu machen.

Ergle bei Schwerte. Wie das sozialdemokratische Maulkennzeichen die Sache der Arbeiter schädigt, zeigte sich hier selbst wieder am 2. Juli gelegentlich der vom christlichen Metallarbeiterverband für die Kettenindustrie einberufenen öffentlichen Versammlung. Schon vor Eröffnung der Versammlung verleitete der Obergenosse Hoffmeister-Herlorn ein der bekannten roten Christenfreier-Flugblätter. Den roten „Volksbegleitern“ in Gänsefüßchen kam es also darauf an, von vornherein Uneinigkeit unter die Kettenindustrie von Ergle zu tragen. Gegenwartsarbeit zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ist dem raschesten Genossen ja eine Programmwidrigkeit. Die Arbeiterschaft hat zu verstanden — und nur um diesen Preis darf sie sich einst am St. Nimmerleinstag im roten Wolkenkuchensheim ergötzen — b. h. wenn sie es erst.

Kollege Steinacker Menden brandmarkte denn auch eingangs seiner Ausführungen mit Recht die Ducttreibereien der Genossen und legte das treffend die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeit für die Kettenindustrie dar. Ohne Organisation sei es diesen Arbeitern nicht möglich, die so dringend notwendige Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu erreichen. An Hand von mehreren Postkarten und Briefen, die Arbeitgeber an ihre Arbeiter geschickt hatten, zeigte der Referent, wie viele Arbeitgeber stets darauf ausgehen, Lohnreduzierungen vorzunehmen — ohne die geringste Rücksicht darauf, ob der Arbeiter nach das Minimum des zum Leben Notwendigen verbietet oder nicht. Eine Milderung dieser unerbittlichen Zustände sei nur dann zu erreichen, wenn die Kettenindustrie von Ergle sich ihrer Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Dem christlichen Metallarbeiterverband sei es auch zu danken, daß jetzt in der Grüne die Tarife zulaufe gekommen seien. Redner schloß mit der Aufforderung zu einiger und geschlossener Arbeit.

In der Diskussion sprach hierauf ein Vorgesetzener des Genossen Hoffmeister, Mitglied des zum Sterben verurteilten sozialdemokratischen Schmiedeverbandes. Der „Bruder Schmied“ agitierte jetzt für den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und hatte in bekannter Manier auf den Christlichen herum, als wenn er sie gleich mit Haut und Haaren zum Uebertritt beschlingen wollte. Dabei kam er nun allerdings aus Würgen — und er hätte und hätte und hätte: „Die Christlichen sind Arbeiterverräter“ — „sie lassen sich bestechen — und — und“. Na, vielleicht seien ihm in diesem Momente die Worte seines Genossen Sue ein: „Wir (Sozialdemokraten) sind nicht mehr weit vom Irrenhaus!“ Als der Genosse dann endlich mit seiner „Rede“ zu Ende war, setzte der Leiter die Redezeit für die fernere Diskussion in Anbetracht der vorgerückten Stunde auf 10 Minuten fest. Da kam aber der ohnehin auch bei seinen Genossen fäktisch bekannte Hoffmeister und redete in seinem schwerverständlichen wiederholigen „Reich“ ungefähr also: „Ich, Bevollmächtigter des großen, unüberwindlichen deutschen Metallarbeiterverbandes protestiere dagegen, ja ich protestiere dagegen, daß, daß ich nicht reden darf. (Vorländer: Sie können meinetwegen so oft reden, wie Sie wollen.) Hoffmeister fortsetzend: Ich appelliere an die Versammlung und an meine Bestimmungsgenossen, welche ja alles, was ich sage, glauben, ob ich reden soll. (Bravo und Handclatschen bei den Genossen.)

Der nächste Redner, Kollege Helle, schilderte der Versammlung, wie der große opanmäßige Verband roter Farbe die Kettenindustrie in der Grüne jahrelang an der Nase herumgeführt hat. Er legte dar, daß auch diesmal der „rote Bruder“ wenn der christliche Metallarbeiterverband nicht gewesen wäre, nur einen kleinen Kummel gemacht hätte, wie er es bis jetzt in der Grüne und auch auf anderen Stellen, immer gemacht

hat, und weiter nichts. Der schneidige Berliner Hoffmeister durfte sich dieses nicht bieten lassen und benahm sich wie das bekannte Tier, das, wenn es ein rotes Tuch sieht, ansetzt sich vor Wut gerät. Alle Anwesenden mit Ausnahme der Genossen merkten gar bald, daß die Mundweite des tapferen Genossen größer war wie seine Brustweite. Sein fortwährendes Gebrüll veranlaßte den Versammlungsleiter, ihn zur Ruhe aufzufordern, andernfalls er das Lokal zu verlassen hätte. Aber, was für sich Hoffmeister an Unständigkeit, er blieb und brüllte weiter, bis der Vorsitzende sich veranlaßt sah, ihn herauszuweisen. Wer nun glaubt, daß er das Lokal verlassen hätte, irrt sich. Er blieb. Endlich, nachdem sich auch der Wirt veranlaßt sah, ihn zur Ruhe aufzufordern, wie es sich für einen unabhängigen Menschen gebüherte, andernfalls er sein Lokal zu verlassen hätte, nahm er seinen Hut und mit Tränen in den Augen forderte er die Anwesenden auf, mit ihm das Lokal zu verlassen. Aber, o Graus, mit Ausnahme seiner Getreuen blieb alles sitzen. Doch das durfte nicht geschehen: Die Genossen versuchten nun persönlich einzuzutreten. Mehrere ließen sich bestören, die meisten aber wandten sich von den Genossen ab.

Doch nun noch eins, die Arbeiterschaft von Ergle wird eingeschrieben haben, wo die Arbeiterverräter und Arbeiterzerstörer sitzen. Den Herren Sozialdemokraten haben sie es zu danken, daß Uneinigkeit unter ihnen Platz greift. Was werden die Arbeitgeber gelacht haben, als sie hörten, daß ein großer Bauwan die Arbeiter uneinig gemacht hat. Sozialdemokratie in Vertretung von Hoffmeister und Arbeitgeber Krum in Krum. Die von Hoffmeister geleiteten Arbeiter können stolz auf diese „Größe“ sein. Ade, wir sehen uns wieder.

Ludwigshafen. Unsere letzte Mitgliederversammlung vom 6. Juli befaßte sich mit der Erhöhung des Lokalaufschlages und der Durchführung der Hausagitation. Ueber die Beitragserhöhung referierte Kollege Schwarz. Er ging aus von den wirtschaftlichen Kämpfen der letzten Zeit, und legte die Stellung klar, die wir dazu einzunehmen hätten. Er schilderte die großen Aussparungen, womit in den letzten Jahren die Unternehmerverbände die Bestrebungen der Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen regelmäßig beantworteten. Die Industriellen gedächten auf diese Art die Klassen Organisationen zu sprengen, und damit diese selbst zu vernichten. Wenn ihnen das bis heute nicht gelang, so sei dieses auf die rühmlichsten Opferwilligkeit der organisierten Kollegen zurückzuführen. Sodann kam Redner auf die Leistungen der gegnerischen Organisationen zu sprechen. An der Hand von einwandfreien Zahlenmaterial wies er nach, daß der christliche Metallarbeiterverband nach jeder Richtung hin einen Vortritt sehr wohl aushalten könne. Doch wir hätten dann als Mitglieder auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unser Verband dieselben Mittel erhielt, wie die sozialdemokratische Konkurrenzorganisation.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen sehr lebhaft. Die Mehrheit sprach sich für die Erhöhung des Lokalaufschlages aus; durch die Ausführungen des Referenten sei erwiesen, daß im allgemeinen Beitragserhöhung kommen müsse.

In der Abstimmung wurde mit allen gegen 3 Stimmen beschlossen, den Beitrag ab 1. August von 70 auf 80 Pfg. zu erhöhen.

Die Hausagitation soll an den nächsten vier Sonntagen stattfinden. Eine schöne Anzahl Kollegen will sich daran beteiligen. Die Kollegen von Ludwigshafen zeigen sich opferwillig und bestrebt, ihren Mann zu stellen. Jetzt gilt's, Kollegen, mit Mut und Energie den Beweis zu erbringen, daß hier noch eine ganze Anzahl Berufskollegen für unsere Sache zu gewinnen sind. Darum auf zur Tat.

Soziales

Der Verband westdeutscher Konsumvereine

in Mülheim (Rhein) hat nach dem nunmehr vorliegenden Jahresbericht 1911 gute Fortschritte gemacht. Er erhöhte die Zahl seiner Mitglieder von 78 auf 101 Vereine. Die Zahl der in den angeschlossenen Genossenschaften organisierten Einzelmitglieder liegt von 52 715 auf 76 012, der Gesamtumsatz von 16 875 415 M. auf 27 103 877 M., derjenige im eigenen Geschäft von 13 964 003 M. auf 23 329 963 M., im Lieferantengeschäft von 2 929 412 M. auf 3 773 911 M. Der Ueberfluß belief sich auf 2 099 104 M. gegenüber dem Vorjahre 1 305 245 Mark. Die Reserven der Vereine stiegen von 468 684 M. auf 676 227 M. Die Gesamtumsätze bezifferten sich auf 1 697 366 Mark = 7,3 Prozent des eigenen Umsatzes. Hiervon entfielen 109 247 M. auf Steuern, die im Vorjahre 57 689 M. betragen. Dem Reinüberschuß von 2 099 103 M. standen 1 578 717 M. sofort verfügbare Mittel gegenüber. Vier der angeschlossenen Konsumgenossenschaften unterhielten Produktbetriebe, und zwar drei Großbetriebe und zwei Metzgereien. Außerdem gehörten dem Verbands zwei reine Produktbetriebe an, und zwar eine Drucker- und eine Zigarrenfabrik. Das Organ des Verbandes, „Der Konsumverein“, erscheint in einer Auflage von 31 000 Exemplaren. Seit Januar erscheint als Hauptorgan die „Konsumgenossenschaftliche Praxis“. Die Bezugskommission des Verbandes rheinl. landw. Genossenschaften in Bonn war bisher auch die Einkaufszentrale des Verbandes westdeutscher Konsumvereine. Mit dem 1. Juli cr. nimmt die Großverkaufszentrale westdeutscher Konsumvereine ihre Tätigkeit auf, die kürzlich in Form einer G. m. b. H. von den Vereinen des westdeutschen Verbandes in Verbindung mit der Genossenschaftsbank in Bonn mit einem Stammkapital von 120 000 M. gegründet wurde.

Das Bestreben des Verbandes westdeutscher Konsumvereine geht dahin, die nichtorganisierten und die dem Allgemeinen Verbande deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in dem die mittelständlichen Genossenschaften die Mehrheit haben, angehörenden Konsumvereine in einen rein neutralen Konsumvereinsverband zusammenzuschließen. Wie es in dem Jahresbericht heißt, soll dieser Gedanke in den verschiedenen Gebieten Deutschlands bereits günstig aufgenommen worden sein. Der westdeutsche Verband unterhält im Gegensatz zu dem Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg, der bekanntlich im sozialdemokratischen Fahrwasser segelt, gute Beziehungen zu den bürgerlichen Parteien, sodaß sich sein Einfluß hier schon öfter bemerkbar machte.

Der Verband hält seinen diesjährigen ordentlichen Genossenschaftstag am 18. und 19. August in Essen ab. Der Jahresbericht kann vom Sekretariat in Mülheim-Rhein bezogen werden.

Briefkasten.

Kollege D. L.-Erfurt und andere: Glückwunsch-Inserate sollen auf Beschluß des Vorstandes nicht ins Organ aufgenommen werden. Da solche Gratulationen doch meist nur die Kollegen einer Poststelle interessieren, ist es auch jedenfalls zweckmäßiger, sie in der an den betr. Orten in Frage kommenden Tagespresse zu veröffentlichen.

Sterbetafel.

Evangelische. Am 6. Juli starb unser Kollege Wilhelm Hilgers im Alter von 51 Jahren an Bauchfellentzündung.

Katholische. Am 5. Juli starb unser treues und langjähriges Mitglied Wilhelm Balz infolge eines Magenleidens im Alter von 57 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Sonntag, den 27. Juli.**
- Mühlhausen.** Abends 8 Uhr in der Schützenhalle, Wintergasse 12. Bericht vom Verbandsrat.
- Bremen.** Mittelliederversammlung im Coliseum, Dissenstraße 1.
- Düsseldorf-Ratingen.** Abends 9 Uhr bei Körten, Bedemerstraße.
- Düsseldorf-Altstadt.** Abends 9 Uhr bei Stürer, Hinzstraße 16.
- Düsseldorf-Bilk.** Abends 9 Uhr bei Leuchterberg, Kaiser Wilhelmstraße.
- Düsseldorf-Decondorf.** Abends 9 Uhr bei Duerling, Barbara- und Münsterstraße-Gäß.
- Essen-Bergeborbeck.** Abends 8 Uhr bei Müller, Poststr. Bericht über die Verbandsgeneralversammlung.
- Essen.** Abends 8.30 Uhr im Weinmännchen Hof.
- Hamburg.** Abends 9 Uhr bei Schröder, Taftstr. 97.
- Köln-Stadt.** Abends 9 Uhr im Lokale Bierhof, Breitestraße.
- Mülheim-Elmlohn.** Abends 9 Uhr bei Müller.
- Neuberg.** Abends 8.30 Uhr bei Lehmann, Wilhelmstraße 30.
- Radolfzell.** Abends 8.30 Uhr mit Vortrag und Quartalsberichterstattung.
- Stuttgart-Ludwigsburg.** Abends 6 Uhr bei Weinmann.
- Welfert.** Abends 8.30 Uhr bei Fehlinger, Kirchstraße 12.

Sonntag, den 28. Juli.

- Berlin-Verlöhneweide.** Morgens 11.30 Uhr bei Olesch, Watzstr. 16.
- Call (Friedl).** Morgens 10.30 Uhr bei Oler in Call.
- Düsseldorf-Math.** Vorm. 11 Uhr bei Krellinger, „Jater Kreuzweg“, Münsterstraße.
- Düsseldorf-Overbill.** Vorm. 11 Uhr bei Mölges, Osterstraße 18.
- Essen-Verbandsverwaltung.** Vorm. 10.30 Uhr im „Verlöhneweide“ Essen. Generalversammlung mit Ausherk wichtiger Angelegenheiten. Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt. Neben der regelmäßigen Tagesordnung wird der Bericht über die Verbands-Generalversammlung in Dortmund gelesen.
- Essen-Quarantäne.** Nachm. 4 Uhr nach Mülheim-Ruhr. Abmarch: 2.30 Uhr ab Rath. Geleiten aus, Frohnhauserstraße 223.
- Gevelsberg.** Vorm. 11 Uhr bei Schillen, Mittelstr., Quartals-Generalversammlung.
- Gladbeck.** Nachm. 4 Uhr bei Kortvoß, Christl. Gewerkschaftshaus.
- Karlsruhe.** Vorm. 10 Uhr im Palmgarten. Vorstand: n. Vertr.: Sitzung mit Uebungsausschuss.
- Karlsruhe-Darland.** Nachm. 3.30 Uhr im Gasthaus „A. Fischer“.
- Köln-Voulheim.** Morgens 11 Uhr bei Klammerting, Beulstraße 187.
- Mülheim-B-Gladbach.** Vorm. 11 Uhr bei Meyer.
- Mülheim-Bafrath.** Vorm. 11 Uhr bei Fischer.
- Menden-Schwitten.** Vorm. 10.30 Uhr in der „Sonne“.
- Menden-Endringhof.** Vorm. 11 Uhr bei Deberich.
- Neunkirchen.** Abends 8 Uhr bei Schleppe, „Zum Stern“.

Montag, den 29. Juli.

- Drahtentwurf.** Abends 6.30 Uhr bei Kollege Eberhard. Bericht vom Verbandsrat. Ref.: Delegierter Kollege Graber.
- Flensburg.** Abends 8.30 Uhr im „Nordischen Hof“. Bericht vom Verbandsrat. Ref.: Kollege Hartmann-Hamburg.
- Mülheim-Rhein.** Abends 8.30 Uhr bei Rehbold.

Freitag, den 2. August.

- Gelsenkirchen-Bunke.** Abends 8 Uhr bei Weischede.
- Saltern.** Abends 8.30 Uhr im Verbandslokal.

Sonntag, den 3. August.

- Berlin-Moabit.** Vorm. bei Waberst, GutsMuthsstraße 36.
- Essenfeld.** Abends 8.30 Uhr bei Herferath, Klobstraße.
- Freiburg i. Br.** Abends 8.30 Uhr im Ganteboden, Schaffstr. 7.
- Karlsruhe.** Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Berrenstraße 34.
- Saar bei Solingen.** Abends 8.30 Uhr bei Krahwinkel. Bericht vom Verbandsrat. (Am 10. 8. fällt die Vers. aus.)
- Waldenheid.** Versammlung bei Ernst Diener.
- Wülfring.** Abends 8 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Gesellschaftslokal, Tafelstraße 7. Bericht vom Verbandsrat.
- Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen König, Holzstraße 3.

Sonntag, den 4. August.

- Berlin.** Vorm. 11 Uhr bei C. B. Schrüwe, am Markt.
- Waldheim.** Versammlung im Hirsch.
- Berlin-Tuendliche.** Nachm. 3 Uhr im Deutschen Gärtnerheim, Straalenstraße 53.
- Gelsenkirchen-Neuland.** Vorm. 11 Uhr im Rührst-Restaurant.
- Gelsenkirchen-Schalke.** Vorm. 11 Uhr bei Wenener.
- München-Paidhausen.** Vorm. 11 Uhr Bezirks-Versammlung im Lokal Baquert, Sebanstr. 12.
- Trier.** Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Meerfahrtstraße.
- Schwelm.** Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofsstraße.

Lüchtige Former sucht per sofort

Grünerwerke G. m. b. H. Omer i. W.

Durchreisende Verbandskollegen finden in Berlin, Straalenstr. 53, im „Deutschen Gärtnerheim“, dem Bezirkslokal des Deutschen (nationalen) Gärtner-Verbandes und des Berliner christlichen Gewerkschaftsvereins gutes und sauberes Nachtlois von 50 Pfg. an. Das Bezirkslokal liegt in der Nähe der Bahnhöfe Alexanderplatz und Zooamtwiesebrücke.

Gesucht Former u. Giebereihilfsarbeiter, sowie tüchtige Bauhelfer nach selbständig arbeitende Bauhelfer in Stuttgart. In melden: Verbandssekretariat Stuttgart, Urbanstraße 86.

Metallbrecher, möglichst gelernter Geselle, der in der Natur an solchen sowie Metallteilen erfahren ist, wird für eine mittlere Stadt in der Nähe Hannovers in dauernde Stellung gesucht. Eintritt möglichst bald. Entgelt 60 Pfg., nach einiger Zeit 65 Pfg. Reflektiert wird an einen tüchtigen, selbständigen älteren Arbeiter. Meldungen sind zu richten an Kollegen Buhner, Hannover, Kronenwall 16.